



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 82

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 82

.....
vom 19.10.2015

.....
del 19/10/2015

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 82

vom 19.10.2015

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Wanderungsströme bzw. die anhaltende Flüchtlingswelle mit den konkreten Auswirkungen auf Südtirol Seite 1

Begehrensantrag Nr. 47/15 vom 16.9.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser, Oberhofer und Blaas, betreffend Obergrenze für AsylbewerberSeite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 82

del 19/10/2015

Indice

Attuali flussi migratori ovvero perdurante ondata di profughi e ripercussioni concrete sulla Provincia di Bolzano pag. 1

Voto n. 47/15 del 16/9/2015, presentato dai consiglieri Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser, Oberhofer e Blaas, riguardante il limite massimo per richiedenti asilopag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 14.32 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die außerordentliche Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Amhof und Artioli entschuldigt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung: "Aktuelle Wanderungsströme bzw. die anhaltende Flüchtlingswelle mit den konkreten Auswirkungen auf Südtirol."

Punto unico dell'ordine del giorno: "Attuali flussi migratori ovvero perdurante ondata di profughi e ripercussioni concrete sulla Provincia di Bolzano."

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Südtiroler Landtag gemäß Artikel 34 des Autonomiestatutes und Artikel 52 Absatz 3 der Geschäftsordnung in außerordentlicher Sitzung einberufen ist, wie im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden am 22.9.2015 besprochen wurde. Laut Geschäftsordnung und Autonomiestatut genügen ein Fünftel der Abgeordneten, das heißt die Unterschriften von 8 Personen. 10 Abgeordnete haben unterschrieben und deswegen wird heute der Begehrensantrag laut Geschäftsordnung gleich wie ein Beschlussantrag behandelt.

Punkt 257 der Tagesordnung: "Begehrensantrag Nr. 47/15 vom 16.9.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser, Oberhofer und Blaas, betreffend Obergrenze für Asylbewerber."

Punto 257) dell'ordine del giorno: "Voto n. 47/15 del 16/9/2015, presentato dai consiglieri Leitner, Mair, Stocker S., Tinkhauser, Oberhofer e Blaas, riguardante il limite massimo per richiedenti asilo."

Obergrenze für Asylbewerber

Was wir gegenwärtig in Europa erleben, kann man als eine neue Völkerwanderung bezeichnen. Im Jahr 2014 versuchten laut EU-Grenzschutzagentur Frontex rund 280.000 Menschen illegal in die EU zu gelangen. Im laufenden Jahr 2015 wurden bis Mitte August rund 340.000 illegale Einwanderer registriert. Die „Einfallstore“ in die EU sind Griechenland und Italien. Von Jahresbeginn bis Mitte September strandeten laut Medienberichten rund 116.000 vermeintliche Flüchtlinge an den italienischen Küsten. Dies entspricht einer Stadt in der Größe von Bozen. Die Bundesrepublik Deutschland rechnet mit 800.000 Asylanträgen bis Jahresende. Und ein Ende des „Ansturms auf Europa“ ist bei weitem nicht in Sicht. Solange die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern schlechter sind als in Europa, werden Menschen auf unseren Kontinent drängen.

Dies gefährdet nicht nur den Lebensstandard und das soziale Gefüge in der EU, wie es am 9. August 2015 der britische Außenminister Philip Hammond betonte¹, sondern beschleunigt auch den Bevölkerungsaustausch in Europa, der ohnehin über die demografische Entwicklung von statten geht. Die alten und kinderarmen Europäer werden zunehmend durch junge und kinderreiche Afrikaner und Asiaten ausgetauscht. Eine Entwicklung, die dazu führt, dass ethnische Europäer in wenigen Jahrzehnten in vielen Regionen des Kontinents eine Minderheit bilden werden. Der renommierte deutsche Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg spricht diese Entwicklung seit Jahren offen an und warnt die deutsche Politik und Gesellschaft vor einem drohenden Kulturabbruch mit irreversiblen Folgen.² In einigen europäischen Großstädten wie London, Brüssel, Amsterdam, Paris, Marseille und

Frankfurt am Main werden ethnische Europäer bereits in wenigen Jahren in die Minderheit geraten, wenn sie es nicht bereits jetzt schon sind. Dennoch werden diese verheerenden Folgen der außereuropäischen Massenzuwanderung von der europäischen Politik und den Medien tabuisiert oder bestenfalls beschwichtigt.

Daneben stellt die Massenauswanderung auch die afrikanischen Länder, die ihrer jungen Leute beraubt werden, vor große Probleme. Der aus Ghana stammende Kardinal Peter Turkson beklagte in einem Interview, dass Afrika diese „demografische Ausblutung“ nicht länger verkraften könne.³

Die einzigen Akteure, die von der Massenzuwanderung nach Europa profitieren, sind Schlepper sowie Großunternehmen und Konzerne, die stets ein Überangebot an billigen Arbeitskräften am Arbeitsmarkt benötigen, um somit das Lohnniveau niedrig zu halten. Von den negativen Begleiterscheinungen der Massenzuwanderung wie ethnischer und kultureller Überfremdung, Kriminalität, sozialen Konflikten und religiösem Fundamentalismus sind diese Akteure ohnehin nicht betroffen. Diese bekommen nur die einheimischen Bürger zu spüren.

Das italienische Asylrecht ist angesichts dieser Tatsachen nicht mehr zeitgemäß. Es wurde zu einer Zeit in die italienische Verfassung, welche am 1.1.1948 in Kraft getreten ist, geschrieben, in welcher es noch keinen Ansturm auf Europa gab. Die einzige Möglichkeit, diesen Ansturm zu beenden, ist eine Reform des Asylrechts. Die Einführung einer Obergrenze für Flüchtlinge soll der italienischen Marine ermöglichen, nach einer bestimmten Anzahl aufgenommener Flüchtlinge in Italien, Bootsflüchtlinge bereits im Mittelmeer aufzuhalten und zum Abfahrtschiff zurückzuführen.

Eventuelle Rechtskonflikte mit der UNO und der EU sollte die Republik Italien in Kauf nehmen, wenn sie Italien vor Überfremdung und sozialem Sprengstoff schützen, die „Ausblutung“ Afrikas verhindern, die italienischen Polizeibehörden vor einem personellen und finanziellen Kollaps bewahren und weitere Flüchtlingstragödien im Mittelmeer abwenden möchte. Zudem sind sich inzwischen führende Politiker in Europa darüber einig, dass die Dublin-II- und Dublin-III-Verordnungen ohnehin nicht mehr greifen.

Dies vorausgeschickt und angesichts der Tatsache, dass eine anhaltende Massenzuwanderung den international garantierten Minderheitenschutz, vor allem Proporz und Zweisprachigkeit, für die deutsche und ladinische Volksgruppe in Südtirol ernsthaft bedroht,

fordert

der Südtiroler Landtag

das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, umgehend folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es wird eine gesetzliche jährliche Obergrenze für aufzunehmende Flüchtlinge eingeführt, wobei für die Autonome Provinz Bozen die Zustimmung des Südtiroler Landtages erforderlich ist.
2. Es wird sichergestellt, dass der Autonomen Provinz Bozen nur Flüchtlinge mit positiven Asylbescheid zugestellt werden.

Limite massimo per richiedenti asilo

Quello che stiamo vivendo in Europa si può definire un nuovo esodo, un fenomeno di dimensioni bibliche. Secondo dati della Frontex, l'agenzia per le frontiere dell'UE, nel 2014 ca. 280.000 persone hanno cercato di entrare illegalmente nell'Unione. Fino a metà agosto del corrente 2015 sono stati registrati circa 340.000 immigrati illegali. Le vie di accesso all'Unione sono Grecia e Italia. Secondo i resoconti giornalistici, dall'inizio dell'anno a metà settembre circa 116.000 presunti profughi sono giunti fortunatamente sulle coste italiane – un numero corrispondente alla popolazione di una città come Bolzano. La Germania si attende 800.000 domande di asilo entro la fine dell'anno. E la fine di questo “assalto all'Europa” non è minimamente in vista. Finché le condizioni di vita nei Paesi di origine saranno peggiori che in Europa, masse di persone faranno di tutto per entrare nel nostro continente.

Questa situazione non solo minaccia il livello di vita e il tessuto sociale dell'UE, come sottolineato dal ministro degli esteri britannico Philip Hammond il 9 agosto 2015, ma accelera anche un rivolgimento nella composizione della popolazione dell'Europa. Questo rivolgimento però avviene comunque, attraverso lo sviluppo demografico. Infatti gli europei, vecchi e con pochi figli, sono sempre più rimpiazzati da africani e asiatici, giovani e con molti figli. In conseguenza di questo sviluppo, in pochi

decenni la popolazione etnicamente europea sarà in minoranza in molte regioni del continente. Da anni il rinomato demografo tedesco Herwig Birg espone apertamente questo sviluppo, mettendo in guardia politica e società tedesche da uno sconvolgimento culturale con conseguenze irreversibili.² In certe metropoli europee come Londra, Bruxelles, Amsterdam, Parigi, Marsiglia e Francoforte sul Meno la popolazione etnicamente europea sarà in minoranza fra pochi anni, se non lo è già. Eppure per i mezzi d'informazione europei queste conseguenze sconvolgenti dell'immigrazione di massa sono un tabù, o nel migliore dei casi sono minimizzate.

Inoltre l'emigrazione di massa crea gravi problemi anche ai Paesi africani, a cui vengono a mancare i giovani. Il cardinale Peter Turkson, del Ghana, lamenta in un'intervista che l'Africa non può più sopportare questo "dissanguamento demografico".³

Dell'immigrazione di massa verso l'Europa profittano solo i passatori e le grandi aziende, sempre in cerca di molta manodopera a basso costo per tenere bassi i salari – tutti soggetti che tra l'altro non sono esposti agli effetti negativi dell'immigrazione di massa: invasione etnica e culturale, criminalità, conflitti sociali e fondamentalismo religioso. A questi effetti sono esposti solo i cittadini.

A fronte di questa situazione oggettiva, il diritto d'asilo in Italia è ormai inadeguato. È stato inserito nella Costituzione, entrata in vigore il 1° gennaio 1948, quando ancora non c'era immigrazione di massa verso l'Europa. L'unica possibilità di porre fine a quest'assalto è riformare il diritto d'asilo. L'istituzione di un tetto massimo per i profughi permetterebbe alla marina militare italiana, una volta che sia stato accolto un certo numero di profughi in Italia, di fermare le loro barche già nel Mediterraneo e ricondurle al porto di partenza.

L'Italia dovrebbe accettare eventuali conflitti con ONU e UE, se vuol difendersi dall'invasione, prevenire una situazione sociale esplosiva, evitare il "dissanguamento" dell'Africa, proteggere le forze dell'ordine italiane da un collasso finanziario e di personale, ed evitare ulteriori tragedie nel Mediterraneo. Molti politici di spicco in Europa concordano sulla valutazione che il regolamento di Dublino, nelle sue versioni II e III, è ormai inadeguato.

Ciò premesso, e considerato che una continua immigrazione di massa costituisce una minaccia grave alla tutela delle minoranze – particolarmente a proporzionale e bilinguismo – internazionalmente garantita al gruppo etnico tedesco e ladino in Alto Adige,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
invita

Parlamento e Governo ad adottare i seguenti provvedimenti:

1. istituire per legge un tetto massimo annuale per l'accoglimento dei profughi, per il quale relativamente alla Provincia autonoma di Bolzano è necessaria l'approvazione del Consiglio provinciale;
2. garantire che alla Provincia autonoma di Bolzano siano assegnati solo profughi con domanda di asilo accolta.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Zunächst bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen, dass sie sich die Zeit genommen haben, zu dieser außerordentlichen Sitzung zu kommen, angesichts der Tatsache, dass die Flüchtlingsthematik in Europa in allen Ländern ganz oben auf der Tagesordnung steht. Ich möchte die deutsche Bundeskanzlerin zitieren, wenn sie sagt: "Im Vergleich zur Flüchtlingsproblematik war die Griechenland-Rettung ein Klacks." Das sagt eigentlich einiges aus. Ich denke, Südtirol sollte sich auch Gedanken darüber machen, was das Land in seinem Kompetenzbereich tun kann. Es muss vor allem eine transparente Geschichte sein; die Bevölkerung braucht Information. Es ist eine unguete Sache, wie die Landesrätin selber gesagt hat. Sie hat erst aus der Zeitung gelesen, dass es wieder einmal einen Schub an Flüchtlingen gibt, ohne dass das mit dem Staat von vorne herein irgendwie akkordiert worden ist. Ich werde jetzt den Begehrensantrag nicht verlesen. Ich denke, dass ihn die meisten gelesen haben. Da geht es auch um Zahlen. Zahlen sagen einiges aus, aber nicht alles. Nachdem heute der Geldstatistiktag ist, wie ich vorhin gelesen habe, verweise ich auf zusätzliche Statistiken, welche die eine oder die andere Position untermauern. Statistiken werden gelesen und wenn es um Menschen geht, ist die Statistik sicherlich auch wichtig, aber sicherlich nicht das wichtigste. Das möchte ich schon vorausschicken. Es geht um Menschen. Die Frage ist, ob es immer um Flüchtlinge geht. Die Diskussion läuft aus meiner Sicht derzeit in Europa insofern grundsätzlich schief, als dass man nicht mehr zwi-

schen Flüchtlingen, Asylsuchenden, Wirtschaftsmigranten und illegalen Einwanderern unterscheidet. Es wird nicht mehr unterschieden. Es wird nur mehr von Flüchtlingen geredet. Wir wissen auch, dass in letzter Konsequenz nur ein kleiner Teil jener Menschen, die zu uns nach Europa kommen, als Flüchtlinge anerkannt werden. Südtirol hat derzeit 850 Flüchtlinge aufgenommen. Dazu wird die Landesrätin sicherlich noch Genaueres sagen. Es ist auch wichtig, den Menschen Zahlen zu nennen, woher die Menschen kommen und beispielsweise auch wie lange sie bleiben. Man redet im Zusammenhang mit den Flüchtlingen immer öfter von Integration. Was heißt das? Damit signalisiert man den Menschen, dass diejenigen sowieso alle dableiben. Dabei weiß jeder, dass der Asylstatus ein Aufenthalt auf Zeit ist, bis im Herkunftsland wieder die Voraussetzungen gegeben sind, zurückzukehren. In Südtirol empfangen wir die deutschen und österreichischen Programme und sehen die ganze Thematik jeden Tag. Es gibt derzeit in den letzten Wochen keinen Tag, an dem nicht eine Sendung über die Flüchtlinge ausgestrahlt wird. Ich habe den Eindruck, dass man es ein bisschen versucht mit einer rosa Brille zu sehen, um es den Leuten schmackhaft zu machen. Die andere Seite wird nicht so gezeigt. Man wundert sich dann, wenn Menschen von Fall zu Fall aufbegehren, weil sie teilweise nicht informiert wurden. Sie wurden nicht befragt, ob sie diese Art von Einwanderung überhaupt wollen. Ich glaube schon, dass die angestammte Bevölkerung diesbezüglich befragt werden soll, wie man all das zahlenmäßig und dergleichen Dinge mehr gestalten soll. Da fährt man ganz einfach drüber. Das ist sicher nicht eine gute Politik. In der Zwischenzeit hören wir, dass nicht alle Flüchtlinge, die sich als Syrer erklären, auch tatsächlich Syrer sind. Das heißt, dass man hier eine Sog-Wirkung ausgelöst hat, indem beispielsweise Deutschland gesagt hat: "Alle Syrer herein und dann verteilen wir sie auf ganz Europa." Dann wundert man sich, wenn die europäischen Länder nicht mitmachen, weil sie dazu auch nicht befragt worden sind. Es gibt kein gemeinsames Vorgehen nicht nur in dieser Frage seitens Europas. Italien stellt derzeit mit der Frau Mogherini zwar die sogenannte Außenbeauftragte, also eine wichtige Funktion in der Europäischen Union, aber in dieser Frage hört man eigentlich sehr, sehr wenig. Wenn Personen in der Europäischen Union einmal den Flüchtlingsstatus haben, das heißt, dass sie registriert sind und den Status bekommen, können sie überall zirkulieren. Man wird mir jetzt sagen, dass die Problematik in Südtirol nicht so groß ist, weil wir fast keine Flüchtlinge haben. Gerade deshalb müssen wir jetzt darüber diskutieren, wie wir vermeiden wollen, morgen eine Menge davon zu haben. Wohin gehen die Flüchtlinge vor allem? Natürlich dorthin, wo die Sozialleistungen am höchsten sind. Es war interessanterweise der serbische Ministerpräsident, der gesagt hat: "Liebe Bundesrepublik Deutschland, wenn du so hohe Sozialleistungen zahlst - höher als unsere Löhne -, dann darfst du dich nicht wundern, wenn viele aus dem Balkan zu uns kommen." Es handelt sich dabei sicher nicht um Flüchtlinge bzw. Menschen, die nie eine Chance haben, den Flüchtlingsstatus zu bekommen. Sie sind inzwischen aber ein paar Monate lang da und müssen ausgehalten werden. Der Schaden ist dann jener für die wirklichen Flüchtlinge, für die dann kein Platz mehr ist. Jetzt sehen wir es ja mit der Balkanroute. Italien hat vor allem Flüchtlinge aus Afrika. Wir haben bereits im Juni einen Begehrensantrag behandelt, bei dem wir Freiheitlichen der Meinung waren, dass man mehr in den Herkunftsländern in Sachen Ausbildung und dergleichen Dinge mehr investieren sollte, als alle hier herzuholen, weil das auch ein Schaden für die Länder ist, in denen die Menschen weggehen. Die afrikanischen Bischöfe machen sich Sorgen, dass bestimmte Staaten ausbluten, weil die besten Menschen weggehen. Dann gibt es diese Geschichten vom syrischen Arzt, den Hochgebildeten. Das ist aber ein ganz kleiner Teil. Es ist nachgewiesen, dass in Schweden beispielsweise, wo auch viele hin wollen, die Arbeitslosigkeit bei Zuwanderern auch noch nach Jahren extrem hoch ist. Sie wandern nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in die Sozialsysteme ein. Warum sollte das bei uns anders sein? Wie gesagt, die Leute gehen schon auch dort hin. Ich wundere mich, dass Flüchtlinge demonstrieren. Wenn ich ein Flüchtling wäre, wäre ich zunächst einmal froh, dass ich einen sicheren Boden unter den Füßen und ein Dach über dem Kopf habe. Da würde mir nicht einfallen zu protestieren. Da sieht man auch die ganze Industrie, die dahintersteckt, die damit Geld verdient. Dieses Wochenende hat eine internationale Tagung für Flüchtlingshelfer stattgefunden. Das wurde im Internet so beworben. Es handelt sich um die Schlepper, die die Frechheit haben, ganz offen illegale Geschichten zu bewerben. Fluchthelfer im Sinne von menschlicher Hilfe sind etwas anderes. Ich schätze jeden und jede, die humanitäre leistet, keine Frage! Aber wir haben als Land Südtirol noch die Möglichkeit, einige Dinge abzubiegen, damit bei uns nicht das gleiche passiert, wie beispielsweise derzeit in Österreich und in Deutschland. Dann heißt es: "Grenzen zu!" Wenn Bayern und Österreich die Grenzen zumachen, dann werden wir automatisch mehr Flüchtlinge bekommen. Wenn die europäischen Staaten nicht mitmachen, wird das passieren. Wir fühlen uns jetzt in guter Gesellschaft. Der Begehrensantrag ist schon etwas älter, aber in der Zwischenzeit verlangt auch Bayern eine Obergrenze. Warum verlangt man eine Obergrenze? Weil man den Menschen dadurch einfach Sicherheit gibt, indem man sagt: "Soundsoviele Ja und nicht mehr!" In Südtirol hat die ganze Geschichte meiner Meinung nach durch die Volksgruppenproblematik eine besondere Facette. Wir haben schon eine Problematik der Integration der drei Volksgruppen, die sehr gut gelungen ist. Aber

diese sollte nicht durch weitere unkontrollierte übermäßige Zuwanderung gestört werden. Unseren Anteil sollen wir leisten. Nachdem wir als Land Südtirol in der Einwanderung zur Flüchtlingsfrage kaum Kompetenzen haben, muss man mit dem Staat verhandeln. Deshalb haben wir diesen Begehrensantrag ans Parlament bzw. an die Römische Regierung eingebracht, damit diese Obergrenze verhandelt wird. Derzeit haben wir 0,9 Prozent der Flüchtlinge. Also, Südtirol ist verpflichtet, 0,9 Prozent der Flüchtlinge aufzunehmen. Das sind 900 bei 100.000 Flüchtlingen. Wenn morgen aber plötzlich 300.000 oder 500.000 Flüchtlinge da sind, dann ist das ganz eine andere Zahl. In Deutschland hat man beispielsweise Mitte des Jahres mit 450.000 Flüchtlingen gerechnet. Jetzt spricht man von 800.000 Flüchtlingen, einige sprechen schon von 1,5 Millionen. Außenminister Steinmeier hat selber gesagt, dass man das auf Dauer sicherlich nicht schaffen wird. Die Bundeskanzlerin meint, dass wir das schaffen. Da muss man schon fragen: Wer ist mit "wir" gemeint? Wer wurde dazu überhaupt gefragt? Was schaffen wir? Diese Fragen berühren uns schon. Wenn wir noch - Gott sei Dank, sage ich - nicht in der Situation anderer Länder sind, heißt das nicht, dass wir nicht auch diesen Druck verspüren werden, der sicherlich früher oder später auf uns zukommt. Es wäre eine Forderung aus unserer Sicht zu erheben, dass wir Leute aufnehmen, die den Flüchtlingsstatus haben. Integration für Menschen, die länger bleiben, ist sicherlich sinnvoll, aber es ist zu klären, wie lange die Flüchtlinge bleiben. Wir wissen nicht, wann irgendwo die Gefahr für diese Menschen nicht mehr besteht. Aber es wird ganz einfach vieles durcheinander gemischt und das heißt auch nicht, dass überall dort, wo Krieg ist, diese automatisch Flüchtlingsstatus haben. Es gibt die Genfer Flüchtlingskonvention, die ganz klare Prinzipien bzw. Kriterien festschreibt, wonach jemand den Flüchtlingsstatus hat oder nicht. Ich habe schon einmal gesagt, dass, wenn man das Herz öffnet, man deswegen nicht die Vernunft ausschalten muss. Also, helfen Ja, aber es gibt auch die Notwendigkeit der Politik, dafür zu sorgen, dass die Sicherheit gewährleistet wird. Sicherheit hängt in unserem Land mit Einwanderung zusammen. Man braucht nur die Zahlen betreffend das Bozner Gefängnis anschauen. Ich schließe gleich! Die Sicherheitsfrage ist für die Menschen nach Wertung ganz, ganz oben. In Südtirol - das sagt die Statistik des ASTAT, wie ich heute gelesen habe - haben 30,4 Prozent der Menschen Angst, am Abend alleine auszugehen. Diese Zahl war vor einem Jahr noch bei 20 Prozent. Wenn man den Menschen diese Ängste nehmen will, muss man mit klaren Zahlen bzw. mit klaren Fakten umgehen. Hilfe Ja, aber vor allem Hilfe zur Selbsthilfe!

PRÄSIDENT: Danke für Ihre Ausführungen! Wir haben jetzt einen Abänderungsantrag hereinbekommen. Kollege Leitner, Sie wissen, dass laut Geschäftsordnung der Einbringer sagen muss, ob er diesen annimmt oder nicht. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann würde ich eventuell Kollegin Stocker fragen, ob sie diesen erläutern kann.

Der Änderungsantrag, eingebracht von Landesrätin Stocker und dem Abgeordneten Steger, lautet wie folgt: "Der beschließende Teil ist wie folgt ersetzt:

"Fordert der Südtiroler Landtag die italienische Regierung auf,

1. sich für eine einheitliche und nachhaltige EU-weite Regelung der Flüchtlingspolitik und des Asylrechtes einzusetzen. Dazu gehört insbesondere eine ausgewogene Verteilung der AsylantragstellerInnen auf die verschiedenen Staaten;
2. den Grundsatz der proportionalen Aufteilung der AsylantragstellerInnen auf die verschiedenen Regionen und autonomen Länder beizubehalten, sowie die Regionen und autonomen Länder frühzeitig über anstehende Zuweisungen zu informieren;
3. die Abwicklung der Asylverfahren zu beschleunigen: die Behandlung der Anträge soll innerhalb von 6 Monaten erfolgen;
4. die effektive Rückführung von Personen ohne Anrecht auf Asyl zu sichern;
5. sich im Rahmen der internationalen Gemeinschaft dafür einzusetzen, dass Fluchtursachen beseitigt und für die Menschen Zukunftschancen in ihren Herkunftsländern ermöglicht werden;
6. sich dafür zu verwenden, dass die Finanzierung Tätigkeiten der UNHCR ausgebaut und gesichert wird."

"La parte impegnativa è così sostituita:

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita il Governo ad adottare i seguenti provvedimenti:

1. impegnarsi per una regolamentazione unitaria a livello di Unione Europea delle politiche in materia di profughi e del diritto di asilo. Questa include in particolare una equa distribuzione dei richiedenti/delle richiedenti asilo tra i diversi Stati;

2. mantenere il principio della distribuzione proporzionale dei richiedenti asilo sulle diverse regioni e Province autonome ed impegnarsi ad informare con congruo anticipo gli enti locali rispetto a nuove assegnazioni;
 3. accelerare l'istruttoria delle domande di asilo da trattare nel termine di 6 mesi;
 4. garantire un effettivo rimpatrio delle persone senza diritto all'asilo;
 5. impegnarsi, nel quadro della comunità internazionale, per un contrasto dei fattori che originano i flussi di profughi e a favore della creazione di adeguate condizioni di vita nei paesi di origine;
 6. impegnarsi per garantire e migliorare il finanziamento delle attività dell'UNHCR."
- Landesrätin Stocker, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Danke schön, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Kollege Pius Leitner! Die Diskussion zu den Flüchtlingen ist europaweit zu einer beherrschenden geworden. Sie wird auch zu einer beherrschenden in Ländern, wo die Flüchtlingsquote nicht jene Ausmaße erreicht hat, wie es zum Beispiel in einigen deutschen Bundesländern, insbesondere in Bayern, der Fall ist. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Diskussion besonders lebhaft ist, sogar in Gebieten, wo die Quote relativ niedrig ist. Ich glaube, wir sind alle dieser Meinung, dass wir im Verhältnis zu dem, was das Bundesland Tirol und was Bayern zu stemmen hat, noch in einer Situation sind, in der wir uns nicht aufregen müssen, wie viele Flüchtlinge - richtiger, wie Pius Leitner vorhin gesagt hat -, Asylantragstellende uns zugewiesen worden sind. Natürlich ist es auch richtig, dass das Phänomen, die Thematik und die Berichterstattung insgesamt dazu beitragen, dass Ängste aufkommen, dass teilweise auch Ängste geschürt werden. Möglicherweise ist es tatsächlich so, dass es am besten ist, mit diesen Ängsten umzugehen, wenn man mit diesen Menschen in Kontakt kommt und dadurch auch mitbekommen kann, aus welchen Situationen, aus welchen Umfeldern, aus welchen kriegerischen Auseinandersetzungen diese Menschen kommen, was sie mitgemacht haben und was sie hier hergeführt hat. Vielleicht kommen wir in diesem Zusammenhang darauf, dass es zum Teil - manchmal auch zu einem großen Teil - Mitschuld der Europäer, Mitschuld der Amerikaner und Mitschuld der großen Weltmächte ist, von dem, was heute passiert. Die Frage, die wir uns zu Recht alle stellen müssen ist, welche Politik jetzt angesagt ist, um solche Phänomene nicht noch weiter zu befeuern bzw. nicht noch weiter dazu beizutragen, dass - wie Pius Leitner sicherlich zu Recht beklagt hat, allerdings in einem Zusammenhang, den ich so nicht verwenden würde - zunehmend mehr Menschen aus Ländern abziehen, die gerade diese jungen Menschen für einen guten Wirtschaftsaufbau bräuchten. Aber die Frage ist, was die Europäer, was die Amerikaner und was die Weltmächte in diesen Gebieten tun. Sie versuchen im Sinne der Gewinnmaximierung das Beste herauszuholen, was sich Europäer, Mitteleuropäer und Amerikaner wahrscheinlich am meisten wünschen, nämlich eine Gewinnmaximierung und möglichst viel Profit. Auch das - denke ich - haben wir zu sehen. Vielleicht sollten wir uns alle fragen, wo wir unsere Investitionen vornehmen und vielleicht auch dazu beitragen, dass es diese Ströme weiterhin gibt. Da - glaube ich - muss man ansetzen. Da sollten wir - jeder Einzelne von uns - mit der Bekämpfung der Ursachen anfangen. Dies zum Generellen!

Aufgrund dieser Überlegungen, die ich kurz angestellt habe und wo ich Südtirol als einen ganz kleinen Teil dieser europäischen Verantwortung sehe, haben wir uns überlegt, dass wir vielleicht auch einen umfassenderen, einen etwas grundlegenden Antrag in Bezug auf den beschließenden Teil stellen könnten. Wir sollten versuchen, auf all das einzugehen, was ich jetzt kurz angesprochen habe. Der Antrag würde vielleicht etwas von dieser übertriebenen Vorstellung, dass wir in Südtirol die Regeln der Welt schreiben, weggehen. Er würde aber gleichzeitig auf diese Gesamtverantwortung eingehen, bei der wir eine Mitverantwortung haben. Deshalb haben wir diesen Abänderungsantrag ausgearbeitet und hoffen, dass der Einbringer diesem Alternativvorschlag auch zustimmen kann, damit wir einen gemeinsamen Text verabschieden können. Wir haben zuerst einmal darauf hingewiesen, dass wir uns selbstverständlich ganz umfassend eine einheitliche und nachhaltige EU-weite Regelung insgesamt in der Flüchtlingspolitik wünschen. Das umfasst all das bis hin zu den Ursachen, die ich vorhin genannt habe. Wenn wir von Flüchtlingspolitik reden, dann meinen wir natürlich die asylantragstellenden Menschen, die nach Europa kommen, die vielleicht den Flüchtlingsstatus bekommen oder nicht. Also, eine umfassende Politik, die bei den Ursachen anfängt und natürlich bis zu den Asylverfahren und bis zur Regelung eines einheitlichen Asylrechts für ganz Europa weitergeht. Selbstverständlich sollten jene, die hier den Asylantrag gestellt haben, insgesamt in den europäischen Staaten angemessen verteilt werden. Es kann nicht sein, dass diese europäische Gemeinschaft nur eine Gemeinschaft ist, wenn alle etwas bekommen, sondern sie muss auch eine Gemeinschaft des Gebens sein. Der zweite Grundsatz, den wir hier angesprochen haben, ist, dass es auf jeden Fall nicht über das hinausgehen darf, was proportional die Verantwortung ist, die wir in Bezug auf die antragstellenden Menschen übernommen haben. Diese gerechte Verteilung, die in Europa vorgenommen werden soll, sollte auch für die Re-

gionen und autonomen Länder gelten. Es ist uns durchaus klar, dass wir nicht alles überblicken, aber wenn Zuweisungen gemacht werden, sollte dies - soweit es möglich ist - auch rechtzeitig erfolgen.

Was ganz wichtig ist, ist der dritte Punkt. Bei den Asylverfahren warten die Menschen hier in Südtirol und insgesamt in Italien ungefähr im Schnitt 15 Monate. Das kann nicht sein! Wir verlangen in unserem Abänderungsantrag zum Begehrensantrag, dass das auf 6 Monate begrenzt wird. Eine neue Thematik, die mit dieser enormen Flüchtlingswelle ständig mehr diskutiert wird, ist, dass es auch zu einer effektiven Rückführung von Personen kommt, die kein Anrecht auf Asyl haben.

Zum Schluss sehen wir noch ein Ermöglichtes der Zukunftschancen und die entsprechende Finanzierung natürlich auch der Vereinten Nationen, der UNHCR vor, die sich für die Flüchtlinge einsetzt. Das wäre unser Vorschlag zum beschließenden Teil des Antrags, was die ganze Flüchtlingsthematik betrifft. Wir hoffen auf eine breite Zustimmung!

PRÄSIDENT: Danke für die ausführliche Darlegung, Kollegin Stocker! Bevor ich dem Kollegen Urzì das Wort erteile, möchte ich daran erinnern, dass Kollege Leitner als Einbringer und Erstunterzeichner bestimmt, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. Davon hängt die weitere Vorgehensweise laut Geschäftsordnung ab.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich würde vorschlagen, dass wir zunächst die Diskussion abwickeln. Ich ersuche dann um eine 15-minütige Unterbrechung der Sitzung, um uns innerhalb unserer Fraktion zu beraten. Ich werde dann vor meiner Replik bekannt geben, ob wir mit dem Änderungsantrag einverstanden sind oder nicht.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Sull'ordine dei lavori. Credo si debba avere chiarezza su cosa bisogna discutere prima che inizi il dibattito, perché si tratta di due percorsi completamente opposti. Dico opposti perché mi pare che la proposta avanzata dai colleghi Stocker Martha e Steger sia molto pratica, concreta – io la condivido ma ne parleremo dopo – mentre invece la proposta contenuta nel documento voto originario è molto emotiva e forse anche di difficile applicazione e va in una direzione diversa. Quindi è vero che in termini di regolamento questo è permesso, però è difficile invitare l'aula a discutere di due cose differenti, perché io sarei portato a discutere del voto dei Freiheitlichen ma non vorrei trovarmi successivamente di fronte all'accoglimento di un ragionamento che mi costringe a fare dei ragionamenti completamente diversi e a dovermi esprimere in maniera diversa rispetto a quello che ho detto in precedenza. Per non avere due dibattiti, dato che rischiamo di fare un dibattito sulla mozione originaria, poi annuncio di accoglimento di un emendamento diverso e poi un nuovo dibattito, forse c'è la necessità di un chiarimento da parte dei presentatori per definire un testo di mediazione, e va bene, ma che poi noi si sappia su cosa dobbiamo discutere.

PRÄSIDENT: Kollege Urzì, ich stimme Ihnen grundsätzlich zu. Wenn alle mit dem Antrag von Kollegen Leitner einverstanden gewesen wären, wäre dieser in Ordnung gegangen. Grundsätzlich sieht die Geschäftsordnung vor, dass Kollege Leitner einverstanden sein muss oder nicht, damit wir wissen, worüber wir im Plenum diskutieren. Deshalb würde ich jetzt zwei Vorgangsweisen vorschlagen: Entweder Kollege Leitner sagt jetzt gleich Ja oder Nein zum Änderungsantrag oder wir unterbrechen kurz die Sitzung, damit der Einbringer des Abänderungsantrages mit dem Einbringer des Begehrensantrages abklären kann, ob diesem zugestimmt wird oder nicht. Kollege Leitner obliegt es zu sagen, welchen Weg er gehen möchte.

Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich beantrage eine Unterbrechung für eine Fraktionssitzung.

PRÄSIDENT: Ich gebe dem Antrag statt.

Die Sitzung ist kurz unterbrochen.

ORE 14.59 UHR

ORE 15.16 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort, bitte.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Ich sehe Landesrätin Stocker nicht. Es ist schnell gesagt. Wir akzeptieren den Abänderungsantrag grundsätzlich nicht, vor allem die ersten beiden Punkte nicht, denn das ist genau das Gegenteil von dem, was wir verlangen. Wir sind der Meinung, dass eine Aufteilung zwar gerecht klingen mag, aber nicht dem entspricht, was wir brauchen. Wir brauchen aus unserer Sicht eine Obergrenze, weil wir ein autonomes Land sind, das andere Voraussetzungen hat als jede andere Region dieses Staates. Wir sind bereit, die Punkte 3 bis 6 in unserem Begehrensantrag mitaufzunehmen. Es handelt sich um Aufzählungen, die es eigentlich alle schon gibt. Und eines kann ich mir nicht verkneifen zu sagen: Punkt 5 habt ihr uns vor drei Monaten abgelehnt! Dieser war genau Inhalt des Begehrensantrages, den wir damals schon gestellt haben und wo man uns gesagt hat, dass man die Ursachen und nicht nur die Symptome bekämpfen müsse. Ihr seht es jetzt offensichtlich auch so. Vor drei Monaten habt ihr das noch abgelehnt. Wir stimmen dem selbstverständlich zu.

Wie gesagt, wir sind bereit, die Punkte 3 bis 6 zusätzlich im Begehrensantrag aufzunehmen, aber auf die Punkte 1 und 2 bestehen wir, weil das ist genau das, was wir möchten, nämlich, als autonomes Land Südtirol auch die Kompetenzen zu haben, irgendwo mitzuentcheiden. Wir haben es ja dem Landtag überantwortet, die Zahl festzusetzen. Nicht die Freiheitlichen, sondern der Landtag würde das dann in der Verhandlung mit dem Staat festsetzen, die Regierung damit zu beauftragen. Daran halten wir fest. Das ist das Wesen dieses Antrages, von dem wir nicht abrücken werden.

PRÄSIDENT: Nur, damit alle wissen, worüber wir diskutieren, möchte ich klarstellen, dass der Änderungsantrag somit nicht angenommen ist. Wir diskutieren nun über den Begehrensantrag der Freiheitlichen, Erstunterzeichner ist Kollege Leitner. Jeder und jede Abgeordnete/r hat drei Minuten Zeit für eine Stellungnahme, danach folgt die Stellungnahme der Regierung und die Replik des Einbringers.

Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich bin mir nicht ganz sicher. Kollege Pius Leitner hat gerade gesagt, er wäre bereit, die Punkte 3 bis 6 im beschließenden Teil aufzunehmen. Werden sie dann eingefügt oder nicht? Das wäre schon noch wichtig zu klären. Sonst reden wir von zwei verschiedenen Dingen.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Steger, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

STEGER (SVP): Danke, Herr Präsident! Wir haben einen Änderungsantrag zu diesem Begehrensantrag von Kollegen Leitner als Ganzes eingebracht. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dieser Änderungsantrag nicht angenommen wird und ziehen somit den Antrag zurück, wenn es formell notwendig ist. Wir gehen davon aus, dass der Begehrensantrag vom Abgeordneten Leitner mit den zwei beschließenden Punkten zur Abstimmung gebracht wird.

Ich möchte gleichzeitig mitteilen, dass wir diesen unseren Antrag formell eingebracht haben. Ich gehe davon aus - sollte der Begehrensantrag vom Abgeordneten Leitner heute nicht positiv abgestimmt werden -, dass wir dann im November unseren Antrag zur Debatte bringen.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Ich nehme diesen Abänderungsantrag zur Kenntnis. Schade, dass er im Vorfeld über die Medien groß angekündigt, mit uns aber nicht abgesprochen wurde. Das hätte vielleicht das eine oder andere durchaus erleichtern können.

Welches sind die großen Fehler der Politik letzthin? Zum einen verweise ich auf die Aussage: "Wir schaffen das!" und zum anderen auf die Aussage: "Der Islam gehört zu Deutschland." Diese Aussagen haben ein Umdenken und ein gewisses Problem geschaffen, welches vorher in dieser Dimension nicht greifbar war. Wir stellen eine weitere Frage: Wie viel Einwanderung verträgt eine Minderheit? Ich glaube, dass Südtirol in einer anderen Situation als Nordtirol und Bayern ist oder als es andere Teile Europas sind, die keine Minderheit im eigenen Staatsgebiet darstellen. Aus diesem Grunde haben wir eine andere Situation. Auch Bilder haben dazu beigetragen, Emotionen zu erzeugen. Gegen Emotionen haben Argumente selten eine Chance. Wir haben erlebt, wie die Presse und einige Medien sehr klar mit Bildern gearbeitet haben. Ich glaube, statt weiter zu klagen, sollten wir uns der Realität stellen. Nur immer auf Rom und dessen Zuständigkeit zu verweisen, ist sicher nicht der richtige und auch nicht der

alleinige Weg. Das ist zu wenig! Unter all diesen Zahlen stehen natürlich Menschen, das sollten wir nie vergessen! Wir vergessen das nicht. Wir sollten diesen Menschen aber nicht Illusionen vorgaukeln. Wir brauchen eine geordnete und geregelte Flüchtlingspolitik sowie klare Regelungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung. Dieser Begehrensantrag, den wir eingebracht haben, ist ein konkreter Vorschlag in unserem Gebiet, in unserer Zuständigkeit etwas zu bewegen, etwas voranzubringen und unseren Willen klar zu äußern. Ich glaube, er würde dazu dienen, soziale Unruhen und Spannungen zu verhindern bzw. zu vermeiden. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen. Denn es ist für die Bevölkerung nicht verständlich, wieso Personen zuerst drei, vier oder fünf sichere Durchgangstaaten durchwandern und erst im Norden Europas oder in Mitteleuropa, sprich Schweden oder Deutschland, ihr Zuhause finden können. Denjenigen, die aus Kriegsgebieten kommen, ist durchaus ein Aufenthalt in sicheren Drittstaaten wie am Balkan zumutbar. Aus diesem Grund sollten wir diesem Begehrensantrag zustimmen. Ich hoffe, dass Sie ihn alle mittragen können.

MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Vermögen und Mobilität - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Flüchtlingsstrom, der sich seit Monaten täglich nach Europa wälzt, stellt uns allen, unserem Kontinent bzw. der ganzen Welt eine große Herausforderung, ich möchte fast sagen, die größte nach der Nachkriegszeit bzw. Geschichte. Derzeit ist es die Erstaufnahme, die alle Konzentration hervorlegt. Die weit größere Herausforderung wird aber die Integration der neuen Bürgerinnen und Bürger sein, wo bei uns bereits manches gemacht worden ist. Mir kommt vor, dass bis jetzt eigentlich alles in jeder Hinsicht erledigt wurde. Deswegen ist es richtig, dass man sich auch Gedanken über die Zukunft macht. Zum einen möchte ich auf die hervorragende Arbeit, die unsere Dienststellen vor allem im Sozialbereich unter der Leitung von der Kollegin Martha Stocker geleistet haben, verweisen. Zum anderen sind auch die Ordnungskräfte, was die Stationierung entlang der Brennerachse anbelangt, verstärkt worden. Ich denke auch an die hervorragende Arbeit, die all die ehrenamtlichen Vereinigungen, welche sich um die Flüchtlinge kümmern, leisten. Ihnen allen sei von hier aus ein herzliches Dankeschön gesagt.

Ein zweiter Grund ist sicherlich, dass wir im Moment noch hauptsächlich eine Station auf der Durchfahrt sind. Wir müssen also noch mehr darauf achten, damit es uns gelingt, diese Menschen aufzunehmen. Das wird sicherlich verstärkt auf uns zukommen im Sinne von unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Mentalitäten und Religionen. Wir müssen versuchen das zu bewältigen. Ist das aber schlecht? Nein, das ist es nicht. Wir dürfen die Augen vor diesen sozialen Veränderungen, die auf uns zukommen, nicht verschließen. Besser noch wäre, dass wir uns jetzt schon damit auseinandersetzen und wichtige Weichen stellen, vor allem jeder einzelne von uns. Unsere Kultur baut auf abendländischen, christlichen und humanistischen Werten auf. Freiheit, Gleichheit, Gleichberechtigung, sozialer Ausgleich, freie Meinungsäußerung, Kritikfähigkeiten, Toleranz, Individualität, all das sind eigentlich Werte, die unserer Gesellschaft nicht in den Schoß gefallen, sondern über Jahrhunderte hart erkämpft worden sind. Sie sind es, die uns in zweierlei Hinsicht dienen sollen. Diese Werte sind keine westlichen Werte. Sie sind universale Werte und als solche müssen wir sie auch versuchen durchzusetzen. Ich verweise auf die Punkte in unserem Änderungsantrag. Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Erfahrungen in Bezug darauf, wie wir unterschiedliche Sprachgruppen und unterschiedliche Mentalitäten unter einen Hut bekommen können. Wir haben mehr Erfahrung als andere. Und es geht darum, diese Unterschiedlichkeiten auch zusammenfließen zu lassen. Mein Wunsch ist, dass wir aus dieser Erfahrung der Vergangenheit lernen, welche unser Land schließlich zu etwas Besonderem gemacht hat. Wir haben gelernt, dass diese Vielfalt eben auch Zukunft bedeutet.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Non stiamo parlando di merci, stiamo parlando di persone, di uomini, donne e bambini, quindi ci vuole un approccio umanitario e umano al problema. Bisogna avere la consapevolezza della drammaticità, innanzitutto per chi subisce in via diretta la necessità della migrazione. C'è chi lo fa per ragioni squisitamente umanitarie o economiche, per progredire, per avere delle opportunità di vita, c'è chi lo fa per necessità di sopravvivenza, quanto questo tema sta pesando sulla coscienza di tanti cittadini europei, mi riferisco in modo particolare ai profughi dalla Siria. È un dramma epocale, quindi dobbiamo avere un approccio molto realistico, e benché io abbia sempre un grande rispetto per le iniziative, qualunque essa sia, che viene portata all'interno di questo Consiglio, perché comunque rappresenta una sensibilità che indubbiamente esiste nel nostro territorio, quindi ho rispetto anche della proposta avanzata dai colleghi dei Freiheitlichen, non la condivido perché la soluzione che viene prospettata è semplicistica. Che a livello locale si possano fissare delle quote, venga autorizzata l'esclusiva deroga per la Provincia autonoma di Bolzano alla faccia di tutto quello che invece spetta alle altre regioni italiane e lo si debba chiedere poi in virtù dello "stato particolare della nostra provincia" dal punto di vista

degli equilibri etnico-linguistici. Esiste una minoranza tedesca e ladina, quindi non possiamo accogliere troppi stranieri, noi facciamo quello che vogliamo e agli altri il problema.

Se volete il male dell'autonomia votate questa mozione. È un boomerang pericolosissimo in termini di credibilità della nostra istituzione in rapporto non solo all'Italia in senso generale ma all'Europa nella sua complessità. Non possiamo essere così miopi da non renderci conto della complessità di un problema che è molto più ampio. Poi esiste la realtà assoluta dei problemi, che sono quelli delle lungaggini per la verifica sullo status di asilo concesso ai profughi, solo ad uno su quattro di fatto viene concesso questo status, agli altri no, quindi c'è da porsi il problema di come intervenire per il rimpatrio di chi non ne ha diritto, o per l'assistenza di chi non ne ha diritto. Ma c'è il problema della permanenza sul territorio europeo, non dell'Alto Adige, non italiano, di queste centinaia di migliaia di persone in attesa del completamento delle procedure burocratiche di accertamento, che è un tema complesso e che bisogna avere il coraggio di puntare l'indice su una classe politica che non è stata all'altezza di affrontare, e non sto riferendomi a quella locale, stiamo parlando di competenze e responsabilità nazionali ed europee, bisogna affrontare la complessità del problema garantendo risposte certe e soprattutto rapide, a chi chiede asilo e a chi, in territorio europeo, invece accoglie. Bisogna avere un approccio pratico, realistico.

Voterò la mozione dei colleghi Stocker Martha e Steger quando arriverà in Consiglio provinciale perché ne condivido, non solo lo spirito ma anche le proposte pratiche. Non rintraccio invece questo pragmatismo nella mozione presentata ma soprattutto, lo dico a chi ha un forte spirito autonomistico, votandola farete molto male alla credibilità dell'autonomia.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Anche noi non voteremo questo voto e ci sembra anche sia difficile entrare in una logica di emendamento. I sembra poco da emendare! Questo voto ha una logica chiara, è una logica rovesciata rispetto a quello che bisogna fare e rispetto anche alla cultura europea. Cioè di fronte ai profughi, di fronte a migliaia di persone che affogano in mare siamo noi gli invasivi e siamo noi in pericolo. Questa è la sostanza di questo voto! C'è un ribaltamento fra vittime e carnefici, fra chi ha bisogno di solidarietà. Saremmo noi europei, per questo voto, che ha bisogno di solidarietà e per non farvi illusioni preferiamo buttare le nostre bombe direttamente o indirettamente là e costruire muri qua. Noi siamo invece per offrire solidarietà e accoglienza.

Si dice che bisogna distinguere i profughi dai migranti economici. È una balla! Tutti i profughi sono anche migranti economici. Bisogna distinguere i profughi dagli illegali. È una balla! Tutti i profughi sono anche illegali, perché uno che scappa dalle bombe non prende i documenti, o comunque li perde in mare. C'è una soluzione: i corridoi umanitari. Andiamoli a prendere noi, vedrete che ne arriveranno molti di più. Tutti i profughi sono immigrati illegali e sono anche immigrati economici. Questo è il fondamento del diritto d'asilo, che è fatto per soccorrere persone in difficoltà, senza documenti, persone fuggite, persone impoverite, non perché sono povere, perché riescono a scappare solo quelle che un minimo di risorse ce l'hanno, ma perché il percorso li impoverisce.

Per quanto riguarda il diritto d'asilo, ricordo che fa parte della cultura europea. Ulisse è un profugo, e il racconto dell'odissea è il racconto di Ulisse presso una corte che lo ha accolto, curato e rinfocillato. Poi i monasteri, le chiese, le cattedrali del Medio Evo, dove c'era l'asilo per i delinquenti, per i ladri, noi invece l'asilo lo riconosciamo agli innocenti, alle vittime attraverso una convenzione che fu firmata a Ginevra nel 1951 e che faceva i conti che l'Europa della seconda guerra mondiale, della persecuzione degli ebrei. Durante la seconda guerra mondiale ci furono 6 milioni di rifugiati, gran parte degli ebrei che sono sopravvissuti è stato grazie all'accoglienza di altri paesi, altrimenti l'olocausto avrebbe fatto molte più vittime.

Credo che se noi neghiamo il diritto d'asilo, e questo voto lo nega, dice che dobbiamo aprire un conflitto con l'Onu e con l'Unione Europea. Dichiariamo guerra all'Onu! Se noi perdiamo questa cultura dell'asilo, questo dovere che ci impone anche un sacrificio di accoglienza, ci deve costare, è giusto che ci costi, è giusto che costi soprattutto a chi parla l'italiano e il tedesco in Europa, perché nel 900 si parlava italiano e tedesco, noi non abbiamo più a che fare con quelle persone, erano altre però si è macchiato anche di delitti e di persecuzioni, se noi neghiamo questo dovere e questo sacrificio che dobbiamo fare, perdiamo la nostra anima.

Non pretendo che tutti sappiano di mare, ma chi sta in mare ed è in difficoltà, molte di queste persone arrivano ripescate dal mare in difficoltà, lancia l'SOS. Nel mondo inglese SOS significa "Save Our Souls", "salvate la nostra anima", ma attenzione, salvando l'anima loro, noi salviamo la nostra!

PRÄSIDENT: Ich ersuche auch aufgrund der Anzahl der Redner und Rednerinnen, dass wir versuchen, die Redezeit einzuhalten. Es ist kein Problem, wenn man ein bisschen überzieht, da das Thema sehr wichtig ist, aber zu lange Wortmeldungen sind nicht erlaubt. Das ist nicht nur an Ihre Adresse, sondern an alle gerichtet.

Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort, bitte.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Vielen Dank! Ich denke, dass wir nicht nur eine Obergrenze, sondern auch die Änderung des Asylrechtes fordern sollten. Das Asylrecht ist für den heutigen Begriff und für die heutigen Um- und Zustände zu weit gefasst. Es wird meiner Meinung nach zur Masseneinwanderung nach Europa benutzt bzw. missbraucht. Europa hat das Recht, sich zu schützen, so wie jedes Land das Recht hat, sich zu schützen. Wir haben das Recht, unsere Lebensart und unseren Wohlstand zu schützen, bei aller humanitären Hilfe, wir haben das Recht dazu. Dieses Recht sollten wir nützen und ausdehnen. Es ist eine frappierende Logik, Frau Landesrätin, wenn Sie sagen, dass man den Ängsten damit begegnet, dass man mehr Kontakt schafft. Das heißt, wenn bei uns Menschen Angst vor einer zu großen Zahl von Zuwanderung haben, die eigene Lebensart, Arbeitsplätze und den Wohlstand zu verlieren, dann begegnen wir diesen Ängsten mit einer Massenzuwanderung, mit noch mehr Zuwanderung. Das hieße im Umkehrschluss, dass, wenn ich Angst habe, eins über die Rübe zu bekommen, man mir dann eins über die Rübe geben soll, damit ich die Angst verliere. Das ist eine frappierende Logik, muss ich ganz ehrlich sagen.

Mich würde eines interessieren: Laut Medienmeldungen hat der Herr Landeshauptmann an einer Tagung in Bozen in der Bahnstremise teilgenommen, bei der die "Carta di Bolzano" vorgestellt wurde. Diese sieht eine fast unbegrenzte Aufnahmezahl von Flüchtlingen vor. Laut Medienmeldungen Alto-Adige hat der Landeshauptmann erklärt, dass er mit dieser "Carta di Bolzano", welche unter anderem von Francesco Palermo vorgestellt wurde, einverstanden sei. Mich würde schon interessieren, wo die Obergrenze für die Landesregierung liegt. Gibt es überhaupt eine Obergrenze für die Zuwanderung oder ist das grenzenlos? Seid ihr der Meinung, dass man grenzenlos nach Südtirol einwandern kann, dass wir grenzenlos Flüchtlinge aufnehmen sollen oder wo liegt diese Obergrenze? In Bayern ist man mittlerweile heillos überfordert. Ich hätte schon gerne eine Auskunft darüber, wie die Linie der Südtiroler Volkspartei bzw. der Landesregierung in dieser Frage ist und wo die Obergrenze liegt. Und mit noch einem Märchen möchte ich gerne aufräumen und das ist die Schuldfrage. Wie heute auch von Riccardo Dello Sbarba erzählt, hätten wir eine historische Schuld. Wir wären natürlich auch an der derzeitigen Situation in den Kriegsgebieten Schuld, weil wir dort Bomben schmeißen usw. Noch aus der Kolonialzeit, aus dem Imperialismus hätten wir eine gewisse nachträgliche Schuld. Es mag auch sein, dass Europa teilweise durch die Waffenlegung mit schuld daran ist. Es mag sein, dass Amerika noch eine viel größere Schuld mit sich trägt. Aber in Wirklichkeit, wenn wir in diese Länder vor unserer Haustür schauen, sehen wir, wer die Schuld trägt. Der Islam, die islamische Welt trägt die Schuld. Zwei Drittel der Länder, wo es derzeit kriegerische Konflikte gibt, sind islamische Länder. Die meisten Länder, wo derzeit Tyrannei und Diktatur herrscht, sind islamische Länder. 90 Prozent der terroristischen Akte der letzten zehn Jahre und der Terrororganisationen entspringen aus dem Islam. Wir sollten diese Schuldfrage einmal behandeln und klären. Das Problem verursacht die islamische Welt, aber diese will es nicht lösen, bis auf ein paar armselige Staaten, die mit Flüchtlingen völlig überlastet sind. Aber der große Teil der islamischen Welt, beispielsweise die reichen Ölstaaten, will das Problem nicht lösen, das in ihren Ländern bzw. in ihrem kulturellen und religiösen Umfeld durch den fundamentalistischen Islam verursacht wird. Das Problem sollen wir in Europa lösen, ertragen oder erdulden. In Wirklichkeit entspringt die gesamte Problematik heute zum Großteil aus den islamischen Ländern bzw. aus dem Islam. Das muss auch einmal erwähnt werden. Es kann nicht sein, dass wir uns die Schuld auflasten, die dort verursacht wird, wenn die islamische Welt die Hauptlast dieser Schuld trägt.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! 1956 kamen nach dem Ungarn-Aufstand innerhalb kürzester Zeit, weniger Wochen, 190 Flüchtlinge nach Österreich. Diese Flüchtlinge wurden an den Bahnhöfen zum Teil von der österreichischen Bevölkerung abgeholt und mit Decken und Nahrung versorgt. Sie wurden untergebracht und man hat Hilfe geleistet. Nun werden Sie sagen, dass das andere Zeiten waren. Österreich war im Übrigen damals in der Nachkriegszeit sehr arm, aber es ist auch bei uns möglich. Diejenigen, die sich schon bestimmte Flüchtlingsunterkünfte angesehen haben, haben erlebt, dass da sehr wohl Hilfestellung von Seiten der Bevölkerung stattfindet. Ich sage dies nur, um auch die ganze Notstandsthematik und die Notstandsdimension, die durch die 850 Flüchtlinge in unserem Land herbeigebebet wird, ein wenig in die Schranken zu setzen. In Wiesen bringen die Leute Kleider und der dortige Pfarrer hat einen "Hotspot" vor der Kirche eingerichtet. Da kommen Freiwillige für Sprachkurse, so wie es übrigens in unserem Land gang und gäbe ist. Die Freiwilligen haben da sehr viel an Arbeit übernommen, welche eigentlich die öffentliche Hand übernehmen müsste. Nehmen wir euren Vorschlag kurz mal ernst und stellen uns vor, wie das bei der internationalen Gemeinschaft und im italienischen Parlament ankommen würde, wenn eine der reichsten Regionen Italiens - also nicht wie damals

im armen Österreich nach dem Krieg - versucht sich so aus der Affäre zu stehlen. Ich habe noch mehr recherchiert. Wie wäre das, wenn wir unseren Anteil auf Kalabrien abwälzen? Jemand müsste diesen Anteil aufnehmen. Dann hätten wir dort, wo jetzt schon sechsmal soviel Flüchtlinge sind als bei uns und wo das Bruttoinlandsprodukt halb so hoch ist wie bei uns, wo es aber viermal soviel Arbeitslose gibt, noch mehr Flüchtlinge. Dann wären Regionen wie diese verantwortlich für die Flüchtlingsaufnahme. Ich finde das unfair und zutiefst schäbig, wie unser reiches Land hier versucht, mit Minderheit zu argumentieren, wo wir ganz klar auch unsere Verantwortung haben, wie alle anderen in diesem Staat und alle anderen in der europäischen Gemeinschaft. Auch mir ist heute das Wort "Wirtschaftsmigranten" einmal zuviel gesagt worden, denn wir können nicht oft genug sagen, dass die "illegalen" - heute stand ein guter Satz da oben - "Einwanderer", die ihr so nennt, jene sind, die durch unsere Rechtsprechung illegal werden, denn als Menschen sind sie nicht illegal. Jene, die Asyl suchen, tun dies deshalb, weil sie wegen der Kriege, die auch durch uns mitverantwortet sind, aus ihren Ländern flüchten. Wenn ihr von "Wirtschaftsmigranten" redet, dann sagt doch, wovor diese Menschen flüchten! Aus den Folgen von unserem Kolonialismus, unseren Wirtschaftssystemen, auch unserer Gier nach billigen Waren und vom Freihandelsabkommen ecc., die unsere Staaten gerade mit ärmeren Staaten in die Wege leiten, um unserer Wirtschaft zu nutzen und alle anderen zu zerstören.

Einen Punkt möchte ich noch einwerfen. Als Grüne ist mir das wichtig, denn in dieser Aufzählung fehlt noch ein sehr wichtiger Migrationsgrund, mit dem wir uns in nächster Zeit befassen werden müssen. Ich spreche vom Klima. Es wird immer mehr Klimaflüchtlinge auf der Welt geben und dafür sind noch mal mehr wir zuständig, die CO₂-ausstoßenden Länder, die auf Kosten der anderen das Klima der ganzen Welt verändern. Da, Kollege Pöder, bin ich total mit Ihnen einverstanden, dass das Asylrecht momentan zu kurz greift, wenn es den Grund für Asyl ganz einseitig auf den Krieg beschränkt, wo Menschen davor fliehen werden müssen, dass ihr Land langsam im Meer versinkt. Bitte haltet euch diese Dimension vor Augen! Auch damit werden wir noch konfrontiert.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Herr Präsident! Die Flüchtlingskrise, die wir aktuell miterleben, ist ein humanitäres Problem, und einem humanitären Problem muss man natürlich menschlich begegnen. Es gibt im Übrigen - es ist schon erwähnt worden - auch ein regelrechtes Verpflichten, die Menschen, die ein Recht darauf haben, aufzunehmen. Das ist das Asylrecht, welches verfassungsmäßig garantiert ist. Artikel 10 der Verfassung besagt ganz klar: *"Lo straniero al quale sia impedito nel suo paese l'effettivo esercizio delle libertà democratiche garantite dalla Costituzione italiana, ha diritto all'asilo nel territorio della Repubblica"*. Genauso wie die Verfassung bereits sagt, dass diese Leute ein Recht darauf haben, bei uns Aufnahme zu finden, haben wir das Recht und die Pflicht, von diesen Leuten bzw. von diesen neuen Methoden zu verlangen, dass sie unser Grundrecht respektieren und annehmen, wie es die hier aufgewachsenen Personen machen. Es gibt bei uns Grundwerte, die das ganze europäische Abendland definieren und die niemand in Frage stellen darf, im Namen keiner Religion, weder der christlichen Religion noch des Koran. Es gibt hier die Gleichberechtigung für die Frauen, es gibt Meinungsfreiheit, es gibt das Recht auf Satire und Kritik. Es gibt das Recht, sich frei zu bewegen, und es gibt das Verbot der Tierquälerei. Auf diese Grundrechte müssen wir pochen. Diese Grundrechte dürfen wir auf keinen Fall aufweichen, denn sie haben Europa zu dem gemacht, was ja einer der Gründe ist, warum viele Einwanderer zu uns kommen wollen. Diese Werte haben einen sehr lebenswerten Raum geschaffen und aus diesem Grund kommen sie zu uns und nicht etwa nach Saudi Arabien. Ich möchte hier ganz kurz fünf Punkte vorlesen, die meine Kollegen von der 5 Sterne Bewegung im italienischen Parlament als Beschlussantrag eingebracht haben und die sich teilweise durchaus auch mit dem Änderungsantrag von Landesrätin Stocker decken. Ich lese den Text auf Italienisch vor, weil ich ihn auf Deutsch nicht mit habe: "1. *Riforma della normativa su immigrazione, asilo e cittadinanza rivedere la Bossi-Fini inorganica, inefficiente, burocratica e che favorisce i trafficanti.*
2. *Revisione del trattato Dublino III, chiedendo l'istituzione di quote europee per distribuire i profughi su tutti i paesi.*
3. *Efficaci e costanti interventi di lotta al razzismo, xenofobia e intolleranza a partire dalle scuole italiane.*
4. *Superare l'attuale sistema dei centri di accoglienza, i cosiddetti CARA, contrastando il business sui profughi in parte in mano alla malavita - lo abbiamo visto a Roma -.*
5. *Rivedere le commissioni che trattano le domande d'asilo aumentando drasticamente il personale ricorrendo a giovani laureati in materie giuridico-sociali, riducendo i tempi per elaborare le domande al massimo a 1, 2 mesi.*
6. *Gestire possibilmente le richieste d'asilo tramite un'agenzia dell'Onu direttamente nei paesi d'origine o comunque nei paesi vicini, per evitare che migliaia di persone facciano un viaggio della speranza per l'Europa per magari scoprire che non hanno diritto all'asilo.*

7. *Rifinanziare il World Food Programme e l'UNHCR e implementare strategie per permettere la crescita dei paesi che oggi generano i flussi di profughi.*"

Wie gesagt, diese Punkte decken sich teilweise mit jenen von Frau Landesrätin Stocker, denen ich durchaus hätte zustimmen können, um das aktuelle Thema "Flüchtlingskrise" abzuschließen. Das sind einige Vorschläge, wie man dieses Problem aktiv oder operativ lösen könnte.

Zum Zweiten - das hat Kollegin Foppa angesprochen - braucht es strukturelle Lösungen für die Einwanderung, die uns in den nächsten Jahren erwartet. Darunter sind auch die Klimaeinwanderungen, die nicht ins Asylrecht fallen. Es gibt bereits Modelle wie in Kanada, wie man so etwas auch im gesellschaftlichen Konsens sinnvoll lösen kann. Sicher müssen wir uns in Europa eine Frage stellen. Wenn wir bedenken, dass es in Deutschland bis heute 45 Millionen Erwerbstätige gibt und es in 25 Jahren nur mehr 29 Millionen Erwerbstätige sein werden, dann müssen wir diese 16 Millionen Leute entweder durch Einwanderung ersetzen oder uns damit abfinden, dass unser Bruttoinlandsprodukt sinken wird und dass es unser Rentensystem in der aktuellen Form nicht mehr geben wird. Danke!

ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die vergangenen Wochen haben eines wirklich eindrucksvoll gezeigt, dass das, was Staaten geglaubt haben, auf ihrer Ebene, in ihrer Dimension lösen zu können - und das war manches Mal ein Ausdruck von Hilflosigkeit auf dieser Ebene in ihrer Dimension - ganz einfach nicht zu lösen ist. Anstatt gemeinsame Lösungen zu suchen, hat man das Gegenteil getan, nämlich geglaubt - und glaubt es nach wie vor -, wir lassen die Rolle herunter und damit ist ein Problem gelöst. Ich denke, wir sollten auch hier im Landtag - wenn wir, auf unsere Dimension bezogen, glauben zu diskutieren - die Größe der Dimension nicht aus den Augen lassen. Wir sollten sehen, dass wir in einer größeren Verantwortung stehen und uns nicht nur um den eigenen Bauchnabel herum drehen. Vielleicht hat der eine oder andere von ihnen gestern gehört, dass der Orientalist und Schriftsteller Navid Kermani den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten hat. Ich möchte zwei seiner Zitate in die Diskussion miteinbringen, weil sie meines Erachtens für die aktuelle Diskussion eindrucksvoll sind. Er sagte gestern anlässlich seiner Rede: *"Nur drei Flugstunden von Frankfurt entfernt werden ganze Volksgruppen ausgerottet oder vertrieben, Mädchen versklavt, viele wichtige Kulturdenkmäler der Menschheit von Barbaren in die Luft gesprengt (...) - aber wir versammeln uns und stehen erst auf, wenn eine der Bomben dieses Krieges uns selbst trifft wie am 7. und 8. Januar in Paris, oder wenn die Menschen, die vor diesem Krieg fliehen, an unsere Tore klopfen. Wir führen keine breite gesellschaftliche Debatte über die Ursachen des Terrors und der Fluchtbewegung und inwiefern unsere eigene Politik vielleicht sogar die Katastrophe befördert, die sich vor unseren Grenzen abspielt. (...) Oder wir lernen die falschen Lektionen, wenn wir aus den desaströsen Kriegen im Irak oder in Libyen den Schluss ziehen, uns auch bei Völkermord besser herauszuhalten. Nichts ist uns eingefallen, um den Mord zu verhindern, den das syrische Regime seit vier Jahren am eigenen Volk verübt. Und ebenso haben wir uns abgefunden mit der Existenz eines neuen, religiösen Faschismus, dessen Staatsgebiet etwa so groß ist wie Großbritannien und von den Grenzen Irans bis fast ans Mittelmeer reicht."* Ich denke, dass wir das nicht vergessen sollten, wenn wir darüber diskutieren. Deshalb steht es für mich außer Frage, dass wir gegenüber den wirklich Schutzbedürftigen eine Verpflichtung und eine Verantwortung und diese auch entsprechend wahrzunehmen haben. Ich halte wenig davon, dass man Sorgen und Ängste ausblendet. Das sage ich ganz klar. Es soll über den Missbrauch und darüber diskutiert werden, wo mit dem Leid der Menschen Geschäfte gemacht werden. Die Staaten sollten endlich lernen, dass es nicht ein egoistisches Vorgehen der Staaten, sondern eine gemeinsame Lösung braucht. Angst und Sorge sind verständlich. Wir sollten darüber diskutieren, wie viel wir an Integration hinbekommen, wo wir den Menschen Perspektiven geben können, die über ihren Asylstatus hinaus im Land bleiben. Wir haben nämlich die Verpflichtung, ihnen eine Perspektive zu geben. Natürlich fragen sich Gesellschaften, was wir hinbekommen. Trotz dieser ganzen Sorgen, Ängste und Fragen, die selbstverständlich zu beantworten sind, darf nicht passieren, dass wir Menschlichkeit und Solidarität in Frage stellen. Menschlichkeit und Solidarität müssen und sollen aufrecht und bestehen bleiben.

Als Letztes ersuche ich gerade deswegen um eines, in dieser Diskussion endlich auch differenzieren zu können. Es ist sehr einfach, über "die Flüchtlinge" zu reden, wenn man Geschichten hört. Wenn man den Menschen aber in die Augen blickt, ist die Situation ganz eine andere. Deshalb differenzieren wir und sprechen über die Menschen und die Geschichte und nicht nur über "die Flüchtlinge"!

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Ich bin sehr froh, dass Landesrat Achammer die Ansprache von Navid Kermani gestern gewürdigt hat. Es war eine der ergreifendsten und aufwüh-

lendsten Ansprachen, die ich in meinem Leben gehört habe. Diese Ansprache dementiert die Aussagen von Kollegen Pöder, dass aus dem Islam das Schlechte hervorgehe. Aus den despotischen Machthabern in der islamischen Welt geht das Böse hervor und nicht aus der Religion selber, die ungleich komplexer ist, als das heute auf IS-Niveau heruntergebrochen wird. Ich habe allerdings bedauert, dass die Südtiroler Volkspartei versucht hat, diesen Beschlussantrag der Freiheitlichen mit einem Abänderungsantrag aufzumotzen bzw. zu verbessern. Das scheint mir wirklich - wenn ich die Bibel zitieren darf -, als ob aus einem schlechten Reis eine gute Frucht hervorgehen sollte. Das - glaube ich - ist nicht der Fall. Wenn die Südtiroler Volkspartei sich zur SVP nach Schweizer Modell ummodellieren will, dann soll sie versuchen, solche Fusionen voranzutreiben.

Ein kurzer Hinweis: Das Asylrecht ist 1948 in die italienische Verfassung aufgenommen worden, 1949 in das deutsche Grundgesetz als ein Grundrecht, das in einer extrem schwierigen Zeit verfügt wurde. Dieses Grundrecht weist darauf hin, dass Menschen, die sich in humanitär und durch Kriege verursachte Situationen befinden, Anrecht auf Schutz haben. Dieses Grundrecht und diese Attraktivität Westeuropas haben in den letzten beiden Jahren natürlich an Zugkraft gewonnen. Allein heuer sind mit Sicherheit 1,5 Millionen Menschen nach Westeuropa aufgebrochen. Die allermeisten von ihnen haben wirklich triftige Gründe, um den Fassbomben zu entgehen, um dem Kriegsherrn von Somalia und dem militärischen Zwangsdienst in Eritrea zu entkommen. Sie haben oft unvorstellbare Geschichten hinter sich, die wir weniger kennen als die vielen Freiwilligen, die sich mit diesen Geschichten und mit diesen Menschen Tag für Tag befassen. Also, ich bin der Überzeugung, dass dieses Asylrecht ein - ich möchte auch sagen - heiliges Recht ist, das es in unbedingter Weise zu schützen gilt. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir daran arbeiten müssen, die Fluchtursachen zu begrenzen, dass die Friedensprozesse im Nahen Osten voranzutreiben und die Kriegs- und Fluchtursachen in Afrika zu beseitigen sind. Aber machen wir uns nichts vor, die nächsten Jahre werden weiteren Zustrom bringen, das ist so sicher wie das Amen im Gebet! Ich begrüße deshalb ausdrücklich das Vorgehen der deutschen Bundeskanzlerin, die sagt: "Wir schaffen das!" Ich glaube, Deutschland geht den richtigen Weg, es fordert und überfordert vielleicht auch die eigene Gesellschaft, die eigene Verwaltung, aber Deutschland weiß, dass es sich auf diese Zukunft wappnen muss. Genau diese Aufgabe werden wir auch in Angriff nehmen müssen. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass das Asyl als Grundrecht, als eine der wichtigen Voraussetzungen unserer europäischen Werte geschützt werden soll und muss.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Verantwortung eines Politikers bringt auch mit sich, sich nicht einem blinden "Wir-schaffen-das-Glauben" hinzugeben, sondern sich auch Gedanken darüber zu machen, was passiert, wenn wir es nicht schaffen. Und es ist nicht so ohne Weiteres sicher, dass man all das schafft. Wenn wir beispielsweise erst gestern aktuell die Mitteilung gehört haben, dass die Gewerkschaft der deutschen Polizei fordert, zwischen Österreich und Deutschland einen Grenzzaun zu bauen, dann sind das keine Pegida-Anhänger, die das fordern, sondern es ist die deutsche Polizei, die sagt, dass wir nicht mehr in der Lage sind, den Schutz der Bevölkerung in Deutschland zu gewährleisten. Deswegen fordert sie einen Grenzzaun zu Österreich und nicht zu einem anderen Land. So zu tun, als ob wir das schon alles irgendwo schaffen würde, darüber wundere ich mich manches Mal wirklich, mit welcher Selbstverständlichkeit Politiker nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Europa über das Thema Flucht und Vertreibung reden, die dieses Thema bestenfalls aus dem Fernsehen kennen und sonst überhaupt nicht. Ich erlaube mir aus meinem Standpunkt heraus aus einer Familie, die am eigenen Leib aus dem Weltkrieg vertrieben wurde, zu wissen, was es heißt, mit Flucht und Vertreibung umgehen zu müssen, was es heißt, wenn man von heute auf morgen sein Land verlassen muss und auch auf fremde Hilfe angewiesen ist, aber auch wissend, dass Flucht und das Recht auf Asyl nicht mit dem Recht auf Wirtschaftsmigration gleichzusetzen ist. Ich stimme Brigitte Foppa zu, wenn sie sagt, dass es unsere Gesetze sind, die Wirtschaftsmigranten zu illegalen Einwanderern machen. Ja, und ich stehe dazu, denn jeder, der in unser Land kommt, muss sich bewusst sein, dass er sich an unsere Gesetze halten muss, und nicht, dass die Gesetze, die man gerne hätte, in dem Land sind, wohin man geht. Wenn ein Wirtschaftsmigrant einem Flüchtling den Platz wegnimmt, wenn er seine Ausweisdokumente vernichtet und sich als syrischer Flüchtling ausgibt und dann jenen, die wirklich Flüchtlingsstatus genießen sollten, seinen Platz wegnimmt, dann hört mein Verständnis für Wirtschaftsmigration einfach auf. Das sage ich mit voller Überzeugung! Ich glaube auch, dass wir uns in Europa dringend Gedanken darüber machen sollten, wie wir mit diesem Phänomen umgehen. Wir hören immer, dass man das Problem nicht auf staatlicher Ebene lösen kann, sondern dass das Problem auf europäischer Ebene gelöst werden muss. Nichts wird auf europäischer Ebene gelöst. Man überlässt es derzeit Deutschland, eine Lösung zu finden. Ungarn wird zwar auf breiter Ebene für einen Grenzzaun, den es errichtet, gescholten, in Wahrheit ist aber ein großer Teil der Politiker in Europa froh darüber, dass dieser Grenzzaun errichtet wurde. Seien wir ehrlich, hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Als Spanien in Melilla einen Grenzzaun

gebaut hat, hat sich niemand in Europa darüber aufgeregt, da ist kein Sturm der Entrüstung losgebrochen. Als das Ungarn jetzt gemacht hat, ist ein Sturm der Entrüstung losgebrochen. An einer solch politischen Zwiespältigkeit wird Europa zerbrechen und nicht an mangelnder Solidarität! Ich möchte an den Landtagspräsidenten die Bitte richten, getrennt über Punkt 1 und Punkt 2 dieses Begehrensantrages abzustimmen, denn eines möchte ich schon sagen: Man kann über den Punkt 2 diskutieren, ob nur Menschen mit bestätigtem Asyl angesiedelt werden sollen, da werden wir uns der Stimme enthalten. Hier kommt zu Recht die Frage auf: Wo sollen die anderen inzwischen untergebracht werden? Aber dass wir in Südtirol vom italienischen Staat verlangen, dass mit uns abgesprochen wird, wie die Quote von Menschen, die in Südtirol angesiedelt werden sollen, aussehen soll, das ist etwas, was die Südtiroler Volkspartei in den 50er Jahren selbst gefordert hat. erinnert euch, als die italienischen Flüchtlinge aus Istrien teilweise in Südtirol angesiedelt wurden, da war es auch die Volkspartei, die hier gefordert hat, ein Wörtchen mitreden zu können. Ich glaube, das ist eine Grundvoraussetzung, über die wir reden sollten, damit die Menschen nicht das Gefühl haben, dass über sie hinweg entschieden wird.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Als politische Vertreter haben wir die Verantwortung, für alle Menschen in unserem Land zu sorgen, sowohl für die Einheimischen bzw. für die Ansässigen, die seit Generationen in diesem Land leben, als auch für jene Menschen, die neu zu uns kommen. Doch hier ist aufzupassen, dass wir nicht über unsere Ressourcen hinweg arbeiten. Ich möchte das mit einem Betrieb vergleichen. Ein Unternehmer bzw. ein Chef kann auch nicht unbegrenzt und unkontrolliert Mitarbeiter in seinem Betrieb aufnehmen, nur, weil vielleicht im Moment eine hohe Arbeitslosenzahl ist. Er muss sich auch ausrechnen, wie viele Mitarbeiter er aufnehmen kann, damit es ihnen gut geht, damit sie versorgt sind und damit sie alle einen gerechten Lohn nach Hause nehmen, von dem sie leben können. Deshalb müssen wir in diesem Land kontrollieren und darauf achten, dass die Ressourcen für alle langem und dass es für alle gerecht hergeht. Es kann nicht sein, dass wir hier unbegrenzt Menschen aufnehmen und über die Verantwortung hinaus handeln. Zur Zeit wird beispielsweise ein Konzept ausgearbeitet, wie viel Südtirol überhaupt Zuwanderer verträgt. Es kann nicht sein, dass wir nicht einmal wissen, wie viel finanziell und wirtschaftlich machbar ist und wie viel von der Arbeitslosigkeit und vom Stellenmarkt her überhaupt möglich ist. Ich glaube, darin liegt unsere Verantwortung, dies einmal genau zu klären. Wir müssen durchrechnen bzw. festsetzen, wie viel für Südtirol machbar ist, damit es diesen Menschen auch gut geht, denn auch das ist menschlich. Das sind wir diesen Menschen, die neu zu uns kommen, schuldig. Sie sollten nicht mit der Hoffnung in ein neues Land kommen und dann links liegen gelassen werden oder auf der Straße landen, weil dieses Land nicht verantwortungsbewusst damit umgeht, wie viel es überhaupt schafft und für wie viele Menschen es überhaupt sorgen kann. Das liegt in unserer Verantwortung als Politiker, und zwar unseren Menschen, die schon seit Generationen in Südtirol leben, gegenüber, aber auch jenen gegenüber, die neu zu uns kommen. Deshalb bin ich hier für eine kontrollierte Zuwanderung, weil es in unserer Verantwortung allen gegenüber liegt. Danke schön!

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, liebe Kollegin Atz Tammerle! Wir haben hier im Landtag bereits zweimal einen Beschlussantrag mehrheitlich genehmigt, diese Studie zu machen, wie viel uns Zuwanderung kostet und wie viel Südtirol an Zuwanderung vertragen kann. Bis heute fehlt leider Gottes die Umsetzung dieses Beschlusses. Ich muss sagen, dass hier bereits im Vorfeld schon sehr vieles gesagt wurde und ich nicht alles gebetsmühlenartig wiederholen möchte. Ich möchte aber ein Thema in den Raum stellen, bei dem es mich vor allem überrascht, dass es nicht von Seiten der Linken kommt. Ich denke an das künftige Rollenbild der Frau in Europa. Wir erleben nämlich, dass tagtäglich Tausende von Männern unseren Kontinent stürmen. Ich möchte eines vorausschicken: Nur weil jetzt vielleicht Südtirol nicht dieses große Problem hat, wie es unsere europäischen Nachbarn haben, finde ich es beschämend, dass man immer so tut, als würden wir nicht dazu gehören. In einem Mehrfamilienhaus haben sich alle an die Regeln zu halten. Deswegen kann man nicht so tun, als ob Südtirol fein heraus wäre oder es Südtirol nichts angehen würde, was in anderen europäischen Ländern passiert. Das geht Südtirol sehr wohl etwas an, weil wir es hier mit einer Thematik zu tun haben, die unser Bild in allen Schichten für die nächsten Generationen maßgeblich verändern wird. Ich frage mich, was mit der ganzen Emanzipationsgeschichte ist, die in den letzten Jahrzehnten geführt wurde. Was wird daraus? Wir schauen zu, wie Männer nicht nur muslimischen Glaubens, aber auch Männer aus Macho-Kulturkreisen oder aus fremden Kulturkreisen unseren Kontinent stürmen, wo die Rolle der Frau überhaupt keine Rolle spielt und die ihre Frauen hinter Stoffgefängnissen verstecken. Wir sollen hier Beifall klatschen und tolerant sein bzw. zusehen. Ich frage mich, wenn diese Theorien tatsächlich noch ernst gemeint sind, warum steht man dann nicht an den Grenzen und sagt diesen Herrschaften: Das sind unsere Regeln, das ist unsere Kultur, das ist unser Weltbild, das ist unser Frauenbild, seid ihr

bereit, euch in dieses Bild, in diese Werte, in diese Ordnung zu integrieren, Ja oder Nein? Das ist ein Thema, das nicht vom Tisch zu weisen ist, denn gerade da - ich weiß nicht mehr, welcher Kollege von den Kosten gesprochen hat - möchte ich auch einmal wissen, wie viel uns Zuwanderung kostet. Wir haben ja nicht nur die humanitäre Hilfe zu leisten, sondern sollten ehrlich sein und erkennen, dass das Menschen sind, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückgehen, sondern hier bleiben werden. Da beginnen ja erst die wirklichen Kosten mit Bildung, Schule und Ähnlichem. Ich frage dich, Kollegin Brigitte Foppa, sind wir morgen wirklich noch glaubwürdig? Wir Frauen dürfen - Gott sei Dank - sagen, was wir wollen. Wir haben dafür gekämpft! Wir dürfen die Berufe ergreifen, die wir wollen, wir dürfen uns kleiden, wie wir wollen. Wir dürfen auftreten, wie wir wollen. Wir dürfen heiraten, wen wir wollen. Wir sind richtig freie, gleichwertige Menschen. Hier kommen Hunderttausende anders Denkende zu uns, die ein ganz anderes Rollenbild der Frau haben. Wie gehen wir damit um? Ich möchte das irgendwann einmal von irgend jemandem geklärt haben.

Und noch eines zum Schluss: Ich würde mich freuen, wenn man - wir alle reden über direkte Demokratie - endlich auch die Courage hätte, das Volk zu fragen: Wollt ihr all das überhaupt schaffen?

NOGLER (SVP): Herr Präsident, Frau Kollegin Mair! Ich möchte auf einen Absatz im Begehrensantrag eingehen, wenn es heißt: *"Von den negativen Begleiterscheinungen der Massenzuwanderung wie ethnischer und kultureller Überfremdung, Kriminalität, sozialen Konflikten und religiösem Fundamentalismus sind diese Akteure ohnehin nicht betroffen. Diese bekommen nur die einheimischen Bürger zu spüren."* Ich möchte hier meine Erfahrung einbringen, die ich schon seit langer Zeit mit Kriegsflüchtlingen habe. Bereits im Jahre 1992 hat mich damals der Regierungskommissär Mario Urzì angerufen und gesagt: "Bürgermeister, pass auf, in der Früh kommen 300 bis 400 Flüchtlinge aus dem damaligen Kriegsgebiet Jugoslawien- Bosnien in Mals an." Diese Flüchtlinge kamen dann auch mit Bussen aus ihrer Heimat nach Mals. Allein, wenn ich die Busse gesehen habe, war wirklich zu erkennen, dass sie aus keinem Wohlstandsland kommen. Hauptsächlich waren Frauen, Kinder und alte Leute dabei. Sie waren armselig bekleidet. Not und Elend sah man ihnen an. Das Regierungskommissariat, die Caritas, die Bevölkerung von Mals, aber auch die Gemeinde galten als Verantwortliche vor Ort. Wir mussten das Essen, die Unterkunft, Bekleidung, Schule, Kindergarten, praktisch alles organisieren. Es war wahrlich nicht ganz einfach, auch deshalb nicht, weil die Anzahl der Asylanten größer als 20 Prozent der Dorfbevölkerung war. Es gab natürlich Unruhe. Die Leute waren auch unruhig, sie blieben nicht nur in den Kasernen und warteten ab, sondern sie zirkulierten. Es gab auch einige Probleme. Aber es waren nicht Probleme, die unlösbar waren. Es waren kleine Probleme. Mittlerweile ist die Situation jene, dass einige, die geblieben sind, im Dorf Mals wohnen und leben. Den Kindern merkt man nicht mehr an, dass ihre Eltern aus Jugoslawien stammen. Sie machen in den Vereinen mit und wir haben ein gutes Verhältnis mit diesen Kindern. Einer ist sogar Fendrich bei einer benachbarten Schützenkompanie.

Vor zwei oder drei Wochen kamen weitere Flüchtlinge oder Asylanten in Mals an, diesmal insgesamt 40 an der Zahl, hauptsächlich junge Männer und Frauen. Sie sind ganz anders, sie sind sehr gebildet und ruhig, grüßen, zirkulieren im Dorf und fahren meist mit dem Zug in die Stadt. Die Caritas und Freiwillige sorgen für sie. Sie versuchen ihnen auch die deutsche Sprache beizubringen. Sie gehen in die Kirche zwar mit Kopfhörer und iPod, sie kommen zum Fußballspiel, fragen, welche Farbe die Heimmannschaft hat und feuern diese auch an. Gestern war es wieder so. Ich glaube, sagen zu können, sie sind wahrlich nicht aufdringlich und von negativen Begleiterscheinungen kann man hier bei uns wirklich nicht reden. Danke schön!

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Es gibt hier ein Sprichwort in einem anderen Bereich, das da lautet: "Global denken, lokal handeln". In diesem Bereich - würde ich sagen - muss man global, aber auch lokal handeln. Das ist sehr wichtig. Das Thema Flüchtlingskrise ist ja sehr komplex. Da muss man schon in die Geschichte ein bisschen zurückschauen und sich informieren, wieso es eigentlich so weit gekommen ist. Man muss nicht bis in die Römer Zeit zurückgehen. Das wäre zu weit gegriffen, aber immerhin hat damals die Völkerwanderung das riesige Römische Reich zu Fall gebracht. Der ständige Unruheherd liegt im Nahen Osten. Man muss wissen, dass das eigentlich vom Ersten Weltkrieg ausgeht. Die Entente auf der einen Seite und die Mittelmächte auf der anderen haben ja um die Gunst der Araber geworben und dabei hat die Entente gewonnen. Das heißt, sie wollten ein arabisches Großreich, was ihnen dann in der Friedenskonferenz von Paris am 3. Jänner 1919 zugesagt, aber dann nicht gewährt wurde. Stattdessen wurden Israelis dort angesiedelt. Nach dem Krieg wurde sogar der israelische Staat gegründet. Von da aus kommen die größten Probleme und davon hängt das ganze Flüchtlingsproblem auch heute noch ab. Also, ich habe für mich persönlich einige Punkte aufgezeichnet. Wenn sich die Vereinten Nationen oder Europa daran halten würden, wäre das Problem gelöst, aber ich glaube,

dass sie sich da nicht auf meine Punkte beziehen werden. Erstens sollen die Waffenlieferungen sofort gestoppt werden. Das müsste die UN kontrollieren und schärfste Sanktionen verhängen, sollte dies nicht durchgeführt werden. Es ist wie bei einem Feuer, wenn man ständig ein Scheit nachlegt, dann wird das Feuer immer brennen. Sonst wird das Feuer ausgehen und es bleiben ein paar Glutnester übrig. In diesem Bereich wird es nie soweit sein. Zum Zweiten verweise ich auf die Selbstbestimmung der Völker, Artikel 1 der UNO-Menschenrechtscharta. Wir haben zum Beispiel die Kurden in der Türkei, ein großer Unruheherd, das größte Volk ohne Staat. Oder denken wir an die Selbstbestimmung der Palästinenser! Das wäre sehr, sehr wichtig. Zum Dritten muss der Westen schnellstens weg von fossilen Brennstoffen. Es darf kein Krieg mehr für Öl oder Gas geführt werden. Zum Vierten verweise ich auf die Bevölkerungsentwicklung. 800 Millionen Menschen leiden Hunger auf der Welt, was eine jüngst herausgekommene Studie besagt. Gleichzeitig haben wir 80 Millionen Menschen Zuwachs, also soviel wie Deutschland Einwohner hat. Das birgt ein großes Konfliktpotential für die Zukunft. Fünftens fand am 13. August der Welterschöpfungstag statt. Das heißt, die Biokapazität, die darüber hinausgeht, ist aufgebraucht. Also, das wird uns irgendwann auf den Kopf fallen. Ursachen für diese Flüchtlingskrise, Ursachen religiöser Natur und Bevölkerungsnatur, diese drei Punkte müssen angegangen werden.

Ich komme gleich zum Schluss. Die Leidtragenden von dieser Völkerwanderung sind die Minderheiten. Deswegen unterstütze ich diesen Begehrensantrag. Danke schön!

BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei): A questa mozione voteremo ovviamente no. Dico "ovviamente" intendendo tutta una serie di motivi per i quali non riteniamo accettabile questa impostazione di affrontare il problema dell'immigrazione, perché i problemi legati all'immigrazione possono essere affrontati sotto temi diversi.

Personalmente credo che il modo migliore di affrontarli sia quello suggerito dal magistero della Chiesa, esistono però anche altri modi per affrontare il problema: quello economico, quello sociale, quello demografico. Però inevitabilmente tutti questi modi diversi di affrontare il problema dell'immigrazione, alla fine si ritrovano a dover fare i conti con un vero problema, che è quello dell'Europa con l'Africa. Il problema è di una chiarezza disarmante, perché oggi l'Europa conta 750 milioni di abitanti con un'età media di 45 anni, l'Africa 1 miliardo e 300 milioni di abitanti con un'età media di 18 anni. Tra 20 anni in Europa ci saranno 730 milioni di abitanti, quindi in calo, con un'età media in crescita, sarà sopra i 45 anni. Solo che fra 20 anni l'Africa sarà composta da 3 miliardi di abitanti con un'età media sempre di 18 anni. A questa pressione demografica l'Europa rischia di non poter resistere, e la strada imboccata per affrontare il problema è quella indicata dal governo Renzi. Non lo cito per piaggeria, ma Renzi ha dimostrato e convinto l'Europa che il problema lo si deve affrontare tutti insieme, e a nessuno è concesso nascondersi dietro piccoli o grandi egoismi di parte. Ognuno deve fare la propria parte fino in fondo, altrimenti il pericolo è quello che si avveri la profezia di un vescovo di Padova di cui non ricordo più il nome, che molti anni fa parlando per primo dei problemi dell'immigrazione diceva: "Aprite le vostre porte a quelli che oggi bussano con umiltà, altrimenti il rischio è che tra molti anni quelle porte vengano travolte da quelle persone".

Altro invece è il ragionamento, e sono d'accordo con la collega Ulli Mair, del ruolo della donna e del rispetto delle leggi e dei costumi degli immigrati nella futura Europa. E la strada su questo ragionamento è indicata nell'emendamento che ho visto, predisposto dai colleghi Stocker Martha e Steger.

Per questi motivi ribadisco il nostro no convinto a questo voto, ma soprattutto a questa impostazione del problema immigrazione.

SCHIEFER (SVP): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte diesen Begehrensantrag der Freiheitlichen zum Anlass nehmen, nicht um den Staatsmännern in Europa und darüber hinaus zu sagen, was sie versäumt haben und was sie dringend tun müssten, sondern vielmehr, um vor allem jenen zu danken, die sich in den vergangenen Monaten der Flüchtlinge angenommen haben. Wir sind uns alle einig, dass die Aufnahme der Flüchtlinge in Österreich und in Deutschland, wie das in den letzten Wochen und Monaten immer wieder im Fernsehen gezeigt wurde, beeindruckend war. Ich war begeistert von diesen ganzen Personen, die freiwillig und ehrenamtlich bereit waren, den Flüchtlingen, ganz egal, welcher Hautfarbe und Sprache, zu helfen und ihnen zumindest in Europa ein angenehmes Willkommen zu bieten. Wir wissen alle, dass Ungarn die Zäune aufgebaut hat. Wir waren alle erschrocken darüber und sicherlich auch verärgert. Trotzdem glaube ich, dass man jene hervorheben und loben muss, die den Flüchtlingen geholfen haben und ihnen entgegengekommen sind. Auch möchte ich die ganze menschliche Tragödie in Lampedusa, in Süditalien nicht vergessen. Auch da haben sich die Menschen aufgeopfert. In Südtirol waren die freiwilligen Helfer immer zur Stelle, wenn es darum ging, zwischendurch die Flüchtlinge aufzunehmen, zu empfangen und ihnen einen guten Eindruck von Südtirol mit-

zugeben, wenn sie weitergereist sind. Ebenso wurden all jene, die hier geblieben sind, gut untergebracht und aufgenommen. Ich glaube, dass das einfach zu unserer zivilen und humanitären Gesellschaft gehört und wir das trotz allen Bedenken, was noch kommen wird, den Menschen von anderen Ländern schuldig sind. Es ist nicht unsere Aufgabe und unsere Mission, Ängste zu schüren, sondern vielmehr ohne Populismus zu versuchen, für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einzutreten, da unsere Menschen größtenteils über einen angenehmen Wohlstand verfügen und eine angenehme und zufriedenstellende Lebensqualität haben. Ein deutscher Politiker hat gesagt: "Wir haben zur Zeit nicht eine Flüchtlingskrise, sondern wir haben vielmehr eine Solidaritätskrise." Genau diese Solidarität sollten wir zeigen, zumal zur Zeit in Südtirol die Anwesenheit von 700 bis 800 Flüchtlingen in keinsten Weise besorgniserregend ist. Auch wenn die Zahl auf 1.500 oder 2.000 ansteigen würde, wäre das für Südtirol noch kein Problem und jederzeit verkraftbar. Deswegen sollten wir mit den Füßen auf dem Boden bleiben und der Sache mit humanitärer Überzeugung und mit viel Solidarität entgegensehen. Danke schön!

STIRNER (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vielleicht auch eine ähnliche Erfahrung gemacht wie Kollege Noggler, und zwar in meiner Zeit als Stadträtin für Soziales in Meran. Ein paar Jahre später bin ich damit beauftragt worden, Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien, die bereits Jahre vorher nach Meran gekommen sind, in Wohnungen unterzubringen bzw. Wohnungen für sie zu suchen. Ich habe mich damals mit dieser ganzen Geschichte auseinandergesetzt und alte Zeitungsartikel hervorgekratzt. Ich schäme mich jetzt noch, wenn ich da an meine Mitbürger und Mitbürgerinnen in Meran denke. Damals, als diese Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien gekommen sind, sind Meraner Hoteliersfrauen mit riesigen Transparenten auf die Straße gegangen und haben dagegen protestiert, dass diese Flüchtlinge in Meran aufgenommen werden, denn es könnte ja den Fremdenverkehr stören, es könnten die Leute wegbleiben, man könnte die Kinder nicht mehr auf die Straße schicken und was weiß ich noch alles. Im Archiv findet man diese Artikel alle noch. Ich muss sagen, dass, wenn ich daran denke, ich mich heute noch dafür schäme, also eine Art Fremdschämen. Wir machen dauernd den Unterschied zwischen Kriegsflüchtlings und Wirtschaftsflüchtlings. In diesem Zusammenhang möchte ich das zitieren, was in der Wochenzeitschrift "DIE ZEIT" vom Bundesrichter Thomas Fischer gesagt wird. Ich zitiere: "*Die Welt zerfällt in wenige reiche und viele arme Regionen. In der einen oder der anderen geboren zu sein, ist kein Verdienst; es beeinflusst auch nicht die Intelligenz oder die Fähigkeit, Schlussfolgerungen zu ziehen. Daher versuchen Menschen aus den armen Regionen in die reichen zu gelangen. Unsere Vorfahren haben es genauso gemacht.*" Dass wir dauernd die einen gegen die anderen ausspielen und sozusagen die Kriegsflüchtlinge akzeptieren, während wir die Wirtschaftsflüchtlinge nicht akzeptieren, diesen Unterschied dürfen wir nicht machen. Aufgabe der Politiker ist es - das hat bereits Oswald Schiefer gesagt - eine Volksverhetzung zu vermeiden, nicht die Stimmung anzuheizen, nicht Ängste zu schüren und nicht zu zündeln, sondern nach Lösungen zu suchen. Ich habe eine ähnliche Erfahrung wie Sven Knoll gemacht. Mein Vater ist als Flüchtling nach dem Krieg hier geblieben. Er konnte nicht mehr zurück nach Siebenbürgen und war damals ein Kriegsflüchtling. Alle meine Verwandten in Siebenbürgen sind dann in den 70er, 80er und 90er Jahren aus Siebenbürgen nach Deutschland gezogen. Sie waren nicht die einzigen, es waren Tausende und Abertausende, die aus Siebenbürgen weggezogen sind und auch Flüchtlinge waren. Also, es wiederholt sich immer wieder in der Geschichte. Wenn ich an die Reaktion in Deutschland und diese Pegida-Bewegung sowie die Äußerungen, die gegenüber Merkel und Sigmar Gabriel gemacht werden, wenn wir uns all diese Bilder mit den Galgen usw. vor Augen halten, dann halte ich es mit Sigmar Gabriel, wenn er bei Pegida vom "Pack" spricht. Danke!

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Wir sind zwar ein kleiner Landtag, wenn man uns gesamteuropäisch betrachtet, aber trotzdem tangiert uns dieses Thema auch. Ich glaube, man sollte den Mut und die Schneid haben, einmal zu benennen, wieso es überhaupt diese Flüchtlingsströme gibt. Man hat einiges von meinen Kollegen gehört, dem ich zustimmen kann, dass es auf der einen Seite Hungersnöte und Klimaveränderungen gibt, andererseits aber in erster Linie sind es in der Vergangenheit schon immer die Kriege gewesen, die Flüchtlinge bewegen. Ich glaube, Europa insgesamt täte gut daran, wenn Europa einmal benennen würde, wer diese ganzen Kriege speziell im Nahen Osten anzettelt. Das sind leider Gottes die Amerikaner, unsere sogenannten besten Freunde. Wo haben sie nicht überall in den vergangenen Jahren Kriege angezettelt, von Afghanistan bis Syrien usw.? Sie haben Leute aufgerüstet, die zunächst gegen gewisse Machthaber und Potentaten putschen sollten. Es waren Diktatoren in Nordafrika und im Nahen Osten, aber sie haben eine gewisse Stabilität garantiert. Vordergründig hat man gesagt, dass wir in diesen Ländern eine Demokratie einführen müssten. Im Endeffekt ist es ja nur um Macht und Öl gegangen. Deswegen wurden die Kriege angezettelt. Diese Kriege bedingen nun diese ganzen Flüchtlingsströme. Das sollte einmal beim Namen genannt werden. Ich habe in den ver-

gangenen Jahren, wenn es in Fernsehdiskussionen um dieses Thema gegangen ist, speziell im Nahen Osten einem gewissen Journalisten zugehört, der inzwischen leider verstorben ist. Scholl-Latour hat genau vorausgesagt, wie es kommen wird, wenn man diese Gebiete destabilisiert. Jetzt stehen wir vor einer großen Herausforderung. Ich möchte davor warnen, liebe Kollegen, die Freiheitlichen bzw. jene Kräfte in Europa in ein Rechtes Eck zu stellen, nur weil sie die Ängste der Europäer benennen. Wir haben gestern gesehen, wie die Wahlen in der Schweiz ausgegangen sind. Die SVP hat massiv zugelegt. Wir haben gesehen, wie die Wahlen in Österreich bzw. in Wien ausgegangen sind. Die Rechten Kräfte legen massiv zu, weil sie diese Themen benennen und nicht alles schön reden. Wir werden sehen, dass auch in Deutschland eine Rechte Kraft entstehen wird, weil man ein Gegengewicht zu der vorherrschenden Meinung politisch installieren möchte.

Noch eines, was mir am Herzen liegt, möchte ich sagen, ohne es auszubreiten. Wenn ich mir meine Familie anschau, dann sehe ich, dass sie einen kleinen monatlichen Beitrag leistet, damit irgendwo ein Kind sein Auskommen und seine Schule hat. Wir sollten also versuchen, die Menschen vor Ort zu unterstützen. Es nützt nichts, wenn Frau Merkel draußen sagt, dass sie alle aufnehmen werden und alle willkommen sind. Da setzen sich Menschenmassen in Bewegung, die nie von Zuhause weggegangen wären. Das ist für Europa auf lange Sicht nicht zu bewältigen. Ich möchte noch einmal kurz - weil die Zeit leider Gottes schon um ist - den Punkt fokussieren. Es geht uns nicht darum, Menschen auszuschließen, die wirklich Hilfe brauchen, Familien mit Kindern. Aber schauen wir uns an, wer hier her kommt! 80 bis 90 Prozent sind junge Männer. Wo lassen sie die Familien, wo lassen sie die Frauen? Sie lassen diese zurück. Auch das muss man einmal sagen. Wenn eine Familie mit Kindern zu uns kommt und die Voraussetzungen hat, hier aufgenommen zu werden, dann werden wir sich nicht jene sein, die sie abschieben. Aber all jene, die diese Grundvoraussetzungen nicht haben, können wir nicht aufnehmen. Was ich in meiner Redezeit nicht mehr unterbringe, ist das Problem Christen- Islam. Das wird sich in Europa jetzt viel mehr zuspitzen, als es in der Vergangenheit passiert ist.

STEGER (SVP): Herr Präsident! Kollege Tinkhauser, niemand will euch ins Rechte Eck stellen, aber wenn man in eurem Begehrensantrag die Sprache anschaut, wo vom "Ansturm auf Europa", von "Einfallstoren", von "Ausblutung" und von "Überfremdung" geredet wird, dann denke ich schon, dass ihr aufpassen sollt, welche Sprache ihr verwendet. Machen Sie sich bitte nicht lustig darüber, denn das ist ein Thema, das mir sehr ernst ist. Jetzt spreche ich, danke! Jedenfalls erwarte ich schon, dass man mit diesem Thema nicht politisches Kapital schlägt. Ich weiß schon, wenn wir uns jetzt die Diskussion in Europa anschauen, ist es sehr einfach, Frau Mair, hier reinzuhauen und sich den Applaus der Bevölkerung zu holen. Es gibt natürlich Ängste, die ernst zu nehmen sind. Aber ich halte es für ganz entscheidend und wichtig, dass die Kanzlerin von Deutschland, die ja kurzfristig die größten Maßnahmen zu setzen hat, eine optimistische Haltung annehmen wollte, indem sie sagt: "Schaut, wir schaffen das!" Logischerweise ist es damit nicht getan, man muss sehr wohl Maßnahmen setzen. Ich wundere mich, dass wir in diesem Raum nicht über die wesentlichen Dinge sprechen, wenn wir vom Thema "Flüchtlingskrise" reden. Die wesentlichen Themen betreffen die Integration. Welche Maßnahmen zur Integration werden wir uns stellen und was können wir jetzt schon tun? Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns hat es mit 860 Flüchtlingen, die sich hier in Südtirol aufhalten, noch nicht getroffen! Wir sollten jetzt schon Maßnahmen andenken. Zum Zweiten sollten wir auch an die demographische Situation denken. Kollege Bizzo hat bereits gesagt, dass es in 10, 15 Jahren, wenn meine Generation in Rente gehen wird, auf dem Arbeitsmarkt eine GEB geben wird. Wer soll das in den Griff bekommen? Ich denke also, dass wir gut daran tun, uns jetzt mit den Möglichkeiten, die wir haben und organisieren können, sowie mit Integrationsmaßnahmen auseinanderzusetzen und zu sichern, dass die Menschen, die zu uns kommen, dann auch integriert werden können. Ich bin davon überzeugt, dass das in Südtirol möglich ist. Wir sollten auf jeden Fall sicherstellen, dass wir jetzt schon daran denken, was eine überalternde Gesellschaft in 10, 15 oder 20 Jahren in Südtirol bzw. auch in Europa bedeuten wird. Oder was wären die Alternativen, Kolleginnen und Kollegen, zu einer Aufnahme der Flüchtlinge? Abschottung, Aufstellen von Zäunen und Mauern? Und das 25 Jahre nach dem historischen Fall eines Eisernen Vorhangs! Abweisung der Flüchtlinge an die Außengrenzen, notfalls mit Gewalt? Die Folgen davon wären aus meiner Sicht die Abwälzung der Probleme auf die Nachbarstaaten und damit die Stabilisierung und eine komplette Kehrtwende der bisherigen Grundwerte Europas. Das sind die Menschenrechte und die Genfer Konvention. Es geht um das Christentum und die Nächstenliebe. Deshalb ersuche ich wirklich alle, dieses Thema nicht für billige Polemik und billigen politischen Vorteil zu benutzen, sondern das Hirschmalz anzustrengen und sicherzustellen, dass wir den armen Menschen Hilfe bieten können. Südtirol sollte auch seinen Beitrag an der Flüchtlingskrise leisten. Wir sollten den Hilfesuchenden Asyl gewähren und mit harter Hand gegen Ungesetzmäßigkeiten durchgreifen, das ist klar. Zunächst sollten wir den armen Menschen, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen, ein lächelndes Gesicht entgegenbringen.

OBERHOFER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir heute über dieses Thema diskutieren. Wir müssen die Probleme ansprechen, aber allem Vorrang müssen wir unsere Bevölkerung schützen. Wir dürfen ihr nicht nur das Gefühl geben, dass wir sie schützen, sondern wir müssen auch ihre Ängste und Bedenken ernst nehmen. Dies wird sicherlich nicht gelingen, wenn wir eine anbiedernde Willkommenskultur pflegen. Als politische Kräfte haben wir dafür zu sorgen, dass sich die Menschen in Südtirol sicher fühlen. Wir müssen in erster Linie für die Sicherheit der Südtiroler sorgen, denn gerade in Bozen fühlen sich die Menschen nicht mehr sicher. Ich finde es bedauerlich, wenn die Menschen zu mir kommen und sagen, dass sie sich abends nicht mehr sicher fühlen, wenn sie aus dem Haus gehen. Dies gilt nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer. Mittlerweile fühlen sich die Menschen schon in Gruppen unsicher, weil Flüchtlinge, Asylanten und Einwanderer eher zu aggressivem Verhalten neigen, als es die unseren Menschen tun. Ich möchte nicht sagen, dass es die unsrigen nicht tun, aber man darf nicht vergessen, dass diese Menschen ab 16 Jahren 3 Jahre lang zum Soldaten ausgebildet werden, um dann in den Krieg zu gehen. Dort lernen sie, dass ein Menschenleben nichts wert ist. Das ist nun mal so! Das ist erst kürzlich in den Medien so bestätigt worden. Ein Menschenleben ist leider in einer militärischen Diktatur nichts wert und deshalb haben diese Menschen auch diese Einstellung. Sagen wir mal ehrlich, was diesen Menschen auf dem Weg hier her noch geblieben ist! Gar nichts! Sie haben nichts zu verlieren. Natürlich möchte ich nicht bezweifeln, dass sie auf der Suche nach einem besseren Leben sind, das stimmt. Aber welches Bild von einem besseren Leben haben diese Menschen? Sie glauben, dass sie hier in Europa mit Nichtstun alles bekommen. Das ist nicht ihre Schuld, sondern die Schuld Europas. Ich finde das schon ärgerlich, weil hier alle Menschen arbeiten müssen. Wenn beispielsweise eine Mutter Zuhause bei ihrem Kind bleibt, gilt sie als faul. Bei uns müssen alle Menschen arbeiten, um etwas am Wirtschaftswachstum beizutragen, indem sie vielleicht ein kleines Unternehmen oder einen Gastbetrieb haben, indem sie vielleicht ein Haus bauen oder nur arbeiten und vielleicht ein paar Überstunden machen, von denen ihnen am Ende des Monats ein Bagatellebetrag übrig bleibt. Diese Menschen werden tagtäglich zur Kasse geben, um dann zusehen zu müssen, wie ihre Steuergelder verschleudert werden, wobei sie nichts außer Probleme haben.

Noch eines möchte ich loswerden, meine geschätzte Kollegin Ulli Mair ist jetzt nicht da. Ich möchte mich an den Linken Flügel wenden. Wir sollten die Frau des 21. Jahrhunderts stärken, wir sollten sie mit Quoten in Ämter heben, aber gleichzeitig heißen wir muslimische Einwanderer und Flüchtlinge willkommen, für die eine Frau nur ein Stück wertloses Fleisch ist. Das wird sich hier nicht ändern, das haben sie tief drinnen, das werden wir nicht ändern!

PRÄSIDENT: Wir sind jetzt am Ende der Redezeiten. Ich möchte auf den Unmut, der im Saal kundgetan wurde, antworten. Ich kann Ihren Unmut verstehen, Kollegin Foppa, wenn Sie mit dem Kopf schütteln, aber wenn es keine persönlichen Beleidigungen und keine persönlichen Angriffe sind, steht mir kein Mittel in der Geschäftsordnung zu, irgendwie einzugreifen. Solange es sich um persönliche Meinungen handelt, ganz egal, welcher Art, ist es jedem gestattet, diese auch kundzutun. Deshalb ist das, was Kollegin Oberhofer gesagt hat, rein in ihrer Verantwortung und nicht in der Verantwortung des gesamten Kollektivs.

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten! Es ist mir klar, dass jede Person eigenverantwortlich spricht. Wenn wir von Beleidigungen sprechen, können wir hier noch einmal einen Diskurs öffnen. Ich glaube schon, dass wir uns darüber austauschen müssen, entscheiden Sie, Herr Präsident, die Form, was in einer Aula bzw. in einer demokratisch gewählten Institution gesagt werden kann und was nicht. Ich will diese Debatte hier nicht eröffnen, aber ich glaube, dass wir sie irgendwann zu führen haben. An-dernorts wurde sie geführt.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich glaube, dass Sie mir im Sinne der Geschäftsordnung schon Recht geben, dass es im Südtiroler Landtag keine Meinungsverbote gibt. Sie haben ja selbst gerade erklärt, sofern es sich nicht um persönliche Beleidigungen handelt, sollte schon jeder seine Meinung sagen können. Wir müssen uns hier auch oft unter großen Qualen die Ausführungen der Grünen mitanhören. Ich denke, es braucht sicher keine Linken Meinungswächter, die im Südtiroler Landtag hergehen und irgendjemandem vorschreiben, was er zu sagen hat und was er nicht zu sagen hat.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich möchte der Kollegin Foppa nur ans Herz legen, vor der eigenen Tür zu kehren. Man denke nach, wie viel speziell die Grünen all jene Bauern kritisiert haben, die nicht Biobauern sind. Das ist wahr! Damit habt ihr keine Probleme! Wenn es eure Themen sind, habt ihr keine Probleme zu kritisieren. Die anderen habt ihr durch das Land getrieben, wie es nur geht. Deshalb sollt ihr hier nicht die Moralkeule schwingen! Etwas nicht akzeptieren, ist ein Kapitel, aber Sie sollten nicht die Oberprofessorin spielen!

PRÄSIDENT: Kollege Heiss, ich ersuche Sie zum Fortgang der Arbeiten zu sprechen und nicht, um persönliche Meinungen zu irgendwelchen anderen persönlichen Meinungen kundzutun. Bitte, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten!

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Nur ganz kurz, um Kollegen Stocker richtigzustellen!

PRÄSIDENT: Es geht hier jetzt nicht darum, eine eigene Diskussion zu führen. Diese können Sie danach im Gasthaus oder draußen führen. Es geht jetzt wirklich darum, zum Fortgang der Arbeiten oder zur Flüchtlingsthematik zu sprechen. Es sind alle zu Wort gekommen und haben ihre Meinung kundgetan. Ich bitte Sie wirklich, Sie sind ein Sir, Kollege Heiss, dass Sie sich auch Sir-mäßig an die Geschäftsordnung halten.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich wollte Kollegen Stocker nur daran erinnern, dass kein Abgeordneter die Bauern je so kritisiert hat wie der frühere Kollege Thomas Egger.

PRÄSIDENT: Danke für die Feststellung!

Wir kommen zur Stellungnahme von Seiten der Regierung. Ich habe den Antrag aufgenommen, dass die Zeit von zehn Minuten geteilt wird. Wie sie geteilt wird, obliegt der Regierung. Landesrätin Stocker, Sie haben das Wort, bitte.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst eine grundsätzliche Anmerkung. ! Ich bedanke mich sehr herzlich für die vielen Stellungnahmen, wovon und einige davon wirklich sehr qualifiziert sind. Und ich denke, sie haben auch gezeigt, wie differenziert man ein Thema wahrnehmen kann und wie verantwortungsvoll man mit einem Thema umgehen kann. Kollegin Oberhofer, ich erlaube mir dann auch noch eine Bemerkung zu Ihren Ausführungen. Ich würde mir die Kleider zerreißen, dass Sie selbstverständlich Ihre Meinung immer und überall kundtun können, nur eines gestatte ich mir doch noch anzuführen: Wenn man davon spricht, dass man Ängste und Besorgnis in der Bevölkerung feststelltherrschen, dann bitte ich, sich auch daran zu erinnern, dass man auch selber mit Vorurteilen und kolportierten Aussagen dazu beitragen kann. und dass wWir und vor allem dieses Hohe Haus haben diesbezüglich eine ganz besondere Verantwortung. Dies hat, dies zum Ersten. !

Danach Ich komme jetzt zu den Wortmeldungen, die hier eingebracht gemacht worden sind. Ich erlaube mir nur auf einige einzugehen. Zum Ersten, wWer wäre von uns wäre nicht für eine kontrollierte, für eine nachhaltige, für eine und humanitären Prinzipien entsprechende Zuwanderung? Wer wäre auch nicht dafür, dass wir alles tun könnten, damit wir eine befriedete Welt haben, wo die Menschen in Ihren ihren Herkunftsländern Ihr ihr Überleben gesichert hätten? . Wer wäre nicht dafür? Natürlich wären wir alle dafür. Ich glaube aber, dass wir somit auch in der Folge sagen können, dass es doch eine gewisse Hybris ist, wenn wir meinen, mit einem Beschlussantrag Begehrensantrag des Südtiroler Landtages die Ordnung der Welt festzulegen. Das ist zum Teil in In diesem Punkt 1 wird zum Teil dieser der Versuch unternommen. Ich glaube, dass uns allen bewusst ist, dass wir das es nicht schaffen werden, die Ordnung der Welt zu definieren. Was wir aber tun werden, ist - und das haben wir in unserem beschließenden Teil miteingebracht – -, dass wir uns natürlich als kleines Rädchen in dieser großen Welt auch einzubringen werden für eine europäische Flüchtlingspolitik, für ein europäisches Asylrecht und auch für einen natürlich differenzierten Umgang mit dieser ganzen Flüchtlingsthematik bis hin zu dem, dass wir uns bewusst sind Bewusstsein, dass diese Flüchtlingsströme, die jetzt hier sind, andere Herausforderungen notwendig machen. Ich denke an an. Andere Herausforderungen auch in der Frage der Wertegemeinschaft und in der Vermittlung dieser Wertegemeinschaft, in der sich diese Menschen jetzt dann befinden. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, auf die Rechte der Frauen, auf die wir Wert legen müssen, und auch auf die Klarheit in den Aussagen hingewiesen worden. Wir er, dass wir uns erwarten uns, dass auch unsere Wertegemeinschaft respektiert wird. Vielleicht müssen wir es manchmal an uns selber sagen, dass damit wir das auch weitergeben.

Das sagen uns sehr viele Wissenschaftler auch im Bereich der Menschen, die hier zuwandern. Sie sagen, die uns immer wieder: "sagen, ihr seid selber auch daran schuld daran, wenn bestimmte Wertmaßstäbe nicht mehr so eingehalten werden, wie ihr es selber gerne hättet!"

Ein LetzesLetztes noch! Zum Punkt 1 habe ich schon einiges gesagt. Zum Bei Punkt 2 wird selber dem einen oder anderen selber klar, dass dieser Punkt 2 nicht besonders treffend formuliert ist. In , denn in dem Moment, in dem die Flüchtlinge einen positiven Asylbescheid haben, werden sie nicht mehr irgendwohin zugestellt oder überstellt, sondern dann haben sie natürlich die Freiheit, sich zu bewegen. Sie und die werden sich dann nicht unbedingt nach Südtirol überstellen und oder zustellen lassen.

Zum Schluss noch den zum Hinweis darauf, warum sind denn so viele junge Männer unterwegs sind. ! Ich denke, dass das wissen auch alle, auch jenediejenigen, die sich jetzt darüber echauffiert haben, wissen, dass es n: Natürlich ist es die Hoffnung ist, die hier nach Europa geschickt wird. Auch das muss uns klar sein. Es steht die Hoffnung für die Familien im Hintergrund, die keine andere Möglichkeit sehen, als diese Hoffnung nach Europa zu schicken.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Herr Präsident! Ich kann eigentlich dort anknüpfen, wo Kollegin Martha Stocker aufgehört hat, und zwar beim Antrag, der hier zur Debatte steht, das Thema der Festsetzung einer Obergrenze festzulegen. Ich denke schon, dass allen, die sich ein bisschen mit der Thematik befasst haben, klar sein dürfte, dass so etwas nicht funktionieren kann, wenn wir im Landtag ganz einfach sagen, dass wir jetzt eine Obergrenze festlegen. Wer sich die Genfer Flüchtlingskonvention und die folgenden Beschlüsse sowie das internationale Recht angeschaut hat, weiß, dass das diesen Konventionen, die ratifiziert worden sind, von der Staatengemeinschaft widerspricht. Dort wird nicht auf Zahlen, sondern auf die Situation abgestellt, nämlich den Flüchtlingsstatus. Wenn jemand diese Situation hat, dann wird er entsprechend betrachtet. Um dies festzustellen, gibt es Verfahren, und das betrifft den zweiten Teil des Begehrensantrages. Es gibt ja genau das Verfahren, um festzustellen, wer ein Wirtschaftsflüchtling und wer ein effektiver Flüchtling ist. Zunächst sind es Asylantragsteller. So einfach ist das. Dann gibt es die Verfahren, die feststellen, ob jemand aus einem sicheren Herkunftsland, aus einem sicheren Drittstaat oder aus einem Staat kommt, wo der Flüchtlingsstatus aufgrund der besonderen Situation in diesem Staat anerkannt wird.

Eine andere Frage noch: Wie haben Sie sich das vorgestellt, geschätzte Kollegen, dass wir ganz einfach eine Nummer oder eine Zahl festlegen und diese dann dem Sudan mitteilen, indem wir sagen: "Das wäre jetzt unsere Zahl, haltet euch daran"? Vielleicht sagt man dem Assad, er solle jetzt nicht mehr allzu lange Fassbomben auf seine Leute werfen, weil unsere Zahl bald voll ist und das dann nicht so gut geht. Das ist wirklich purer Populismus und auch ein Stück weit peinlich, was hier betrieben wird. Populismus gut und recht, aber man sollte die Menschen in Südtirol für nicht allzu dumm verkaufen. Ich denke, das merken unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger schon, dass sie hier irgendwie ganz billig mitgenommen werden sollen und hier politisches Kapital geschlagen wird.

Zum Thema, das Herr Knoll angesprochen hat, wir sollten mitreden. Wir reden mit und haben mitgeredet. Die Konferenz der Regionen hat die Quoten innerhalb des Staatsgebietes von Italien festgelegt. Unsere Quote beträgt 0,9 Prozent. Ich darf daran erinnern – die meisten hier dürften es wissen –, dass die Fläche unseres Landes 2,4 Prozent, die Einwohner 0,86 Prozent und die Wirtschaftsleistung 1,2 Prozent bezogen auf das Staatsgebiet betragen. Also mit 0,9 Prozent dürften wir da nicht schlechter behandelt werden als andere Regionen Italiens. Das kann jeder nachrechnen, Mathematik sollte normalerweise keine Meinung sein. Die Forderung, dass man das in Europa machen soll, tragen wir alle mit. Die europäische Staatengemeinschaft sollte das gemeinsam machen. Das beruht auf dem Prinzip der Fairness und der Solidarität untereinander. Ich weise nur darauf hin, dass es dann aktuell bei uns nicht weniger, sondern geringfügig mehr sein würden. Italien erfüllt seine Quote zur Zeit nicht zur Gänze. Somit würde sich im Rahmen der Aufteilung in Italien daran nichts ändern. Trotzdem fordern wir das, da es ganz einfach eine Frage der europäischen Solidarität ist.

Zum Antrag der Kollegin Stocker und des Kollegen Steger bzw. der Landesregierung und Fraktion der Südtiroler Volkspartei! Es geht nicht darum, den Antrag der Freiheitlichen aufzuhübschen, sondern es war im Prinzip ein Ersetzungsantrag. Wenn man diese Debatte führen will, ist das der Vorschlag, wie man sachlich mit konkreten Vorschlägen an die italienische Regierung und an die internationale Staatengemeinschaft reagieren kann, während wir natürlich unsere Aufgaben hier zu bewältigen haben. Ich denke, dieser Vorschlag ist selbsterklärend. Wir werden dann - wie es die Geschäftsordnung vorsieht - darüber diskutieren und ich hoffe auf Zustimmung!

Eine Anmerkung noch zum Thema Ursachen, was ja auch im Vorschlag enthalten ist. Die Schuldfrage ist angesprochen worden. Erst heute Morgen hat es dazu einen interessanten Radiobeitrag in Südtirol gegeben. Eine der vielen Ursachen ist die Landnahme, die zur Zeit in den afrikanischen Ländern beispielsweise durch Europäische Pensionsfonds, die sich da kräftig einkaufen und den Bauern das Land wegnehmen, stattfindet. Es gibt ganz viele weitere Ursachen. Kriege und Konflikte sind sehr oft oder meistens auf die wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Das ist der Herd für alles Mögliche: Rassismus, religiöse Konflikte, Situationen, wie wir sie dort kennen. An den wirtschaftlichen Ursachen sind wir unbestritten mitbeteiligt. Das können wir wohl nicht leugnen. Deshalb werden wir uns als Landesregierung erlauben, beim Vorschlag für den Haushaltsplan 2016 eine Verdoppelung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit vorzusehen. Ich hoffe und erwarte mir, dass all jene, die immer sagen: "Nein, wir sollten schon einmal die Ursachen bekämpfen", dann auch zustimmen werden. Damit würden wir einen etwas größeren Beitrag dazu leisten.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass es traurig ist, wenn man diesen Saal dazu benützt, Vorurteile zu verbreiten und ganz einfach Behauptungen in den Raum zu stellen, die nicht zutreffen, aber unbewiesen bleiben werden. Damit schürt man weiter die Stimmung und hofft, politisches Kleingeld zu machen. Dazu sollte dieses Thema nicht dienen. Wir sollten unsere Verantwortung in diesem Land übernehmen. Ich glaube, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und die Mehrheit in diesem Saal ist dazu bereit, das auch zu tun. Danke schön!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich hätte nur eine Bitte an den Einbringer, und zwar eine Präzisierung. Das kann er eventuell in der Replik machen. Bei Punkt 1 bin ich mir jetzt wirklich nicht mehr sicher, ob der Landeshauptmann den Punkt falsch verstanden hat oder ob ich ihn falsch gelesen habe. Die Forderung ist, dass der Südtiroler Landtag eine Quote festlegen soll oder? Ich habe die neue Formulierung so verstanden, dass mit den 0,9 Prozent eine Quote in Zusammenarbeit mit dem Staat festgelegt wird, dass aber nicht eine Quote ohne die Zustimmung Südtirols zukünftig festgelegt werden kann. Es ist schon ein Unterschied, ob der Südtiroler Landtag eine Quote festlegen soll oder ob man sagt: Wenn der Staat eine Quote festlegt, die zum Beispiel 2 Prozent betragen oder wie hoch auch immer sein kann, dann darf das nicht gegen den Willen des Landes geschehen. Da bitte ich den Einbringer um eine Klärung, damit wir genau wissen, worüber wir abstimmen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Von Akademikern kann ich mir schon erwarten, dass Sie lesen können, das muss ich aller Deutlichkeit sagen. Das ist die Hilflosigkeit der Landesregierung und der Südtiroler Volkspartei! Kollege Steger, du wolltest ja, dass wir nicht reden. Jetzt wunderst du dich, dass man nicht inhaltlich über die Vorschläge diskutiert. Ihr habt uns diese Vorschläge immer abgelehnt. Vor drei Monaten, als wir einen Begehrensantrag betreffend Ursachenbekämpfung eingebracht haben, habt ihr dagegen gestimmt, liebe Kollegen der Südtiroler Volkspartei! Diese Glaubwürdigkeit müsst ihr den Menschen erklären. Wir haben damit kein Problem. Wir legen hier einen Begehrensantrag vor ...

PRÄSIDENT: Entschuldigung, Kollege Leitner, wenn ich ganz kurz unterbrechen darf, ist das jetzt die Replik Ihrerseits und somit auch die Klärung?

LEITNER (Die Freiheitlichen): Natürlich! Was soll es denn sonst sein?

PRÄSIDENT: Sonst wäre zunächst eine Klärung auf die Frage von Kollegen Knoll möglich. Dann hätten Sie mehr Zeit bekommen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich rede zum Antrag. Ich habe den Eindruck gehabt, dass sich einige von der Südtiroler Volkspartei gedacht haben, dass es dumm gelaufen ist und wir jetzt diesen Kelch über uns ergehen lassen müssen, aber hoffentlich geht es schnell vorbei! Der geht nicht vorbei, weil die Probleme da sind. Nach diesem Willkommensrausch wird es den großen Kater geben. Das sage ich euch voraus, nicht, indem ich Ängste an die Wand male, sondern indem ich die Realitäten anspreche, denen ihr und Europa ausweichen will. Und die Verlagerung eines Problems auf die höhere Ebene ist nichts anderes, als zu hoffen, dass uns diese heiße Kartoffel nicht zugeschoben wird. Man wird in Europa kein Problem lösen, wenn man es nicht von unten herauf löst. Die Schweiz hat es vorgemacht. Die Schweiz hat eine Volksabstimmung gemacht. Man hat sie an den Pranger gestellt und ihr unterstellt, dass sie ausländerfeindlich sei. Sie hat lediglich eine Begrenzung verlangt. Man sollte

lesen und anhören, was wirklich gesagt und geschrieben wird. Das Volk will diese Begrenzung. Ulli Mair hat Recht, wenn sie sagt, dass bei uns viele von direkter Demokratie reden. Wenn es aber um solche Geschichten geht, dann will man sie plötzlich nicht mehr. Wir reden von Tierschutz. Wenn man aber sagt, dass wir gegen das Schächten sind, dann stimmt man nicht zu. Dann ist plötzlich die Religionsfreiheit höher. Wenn es um die Rolle der Frau geht, schreien alle: "Quote, Quote!" Wenn es aber dann darum geht, dass das Rollenbild total über den Haufen geschmissen wird, höre ich nichts mehr davon. Man kann hier lange über die Ursachen und Schuldfrage reden. Die Industriestaaten haben im letzten Jahr 135 Milliarden Euro Entwicklungshilfe geleistet. Eine Verdoppelung, Herr Landeshauptmann, klingt sehr gut, aber wofür wird sie eingesetzt? Wer kontrolliert das? Was wird dann gekauft? Wenn ich im Begehrensantrag von der "Ausblutung" gesprochen habe, so verweise ich darauf, dass das ein afrikanischer Bischof gesagt hat, der sich Sorgen darüber macht, dass ihnen die besten Leute abhauen. Ich höre nichts von den afrikanischen Regierungen, dass sie sich Sorgen darüber machen, dass ihre Länder morgen nicht mehr gut funktionieren bzw. aufgebaut werden. Ich versuche ein bisschen weiter zu denken. Natürlich sind wir ein kleines Rädchen, aber wir haben als autonomes Südtiroler Land das Recht – das nehme ich mir heraus zu sagen –, eine Obergrenze zu fordern. Wir sagen ja nicht, dass wir nicht bereit sind mitzuhelfen. Wir sind selbstverständlich für humane Lösungen, und zwar dort, wo sie angebracht sind und nicht, um Schwindel Vorschub zu leisten, der drauf und dran ist, die ganze Wertegemeinschaft, von der so viele reden, über den Haufen zu schmeißen. Weil wir so eine liberale Gesellschaft sind, möchte ich Michael Klonovsky zitieren, der in seinem Büchlein *"Jede Seite ist die falsche. Aphorismen und Ähnliches"* beschrieben hat: *"Liberal nennt man jene Gesellschaft, die binnen weniger Generationen Platz machen für weniger liberale Völker."* Denkt an das alte Rom, wo man die Feinde gezüchtet hat. Da ist nichts zu lachen! Warum gehen hochzivilisierte Völker unter? Weil sie gesättigt sind! Wir sind in einer Situation, die ich ähnlich sehe.

Eines muss ich noch im Zusammenhang mit den Ursachen und der Wirkung sagen. Ich habe einmal den Vorschlag gemacht: Wenn man konsequent wäre und glaubwürdig sein möchte, dann müsste man dem amerikanischen Präsidenten und der Europäischen Union den Friedensnobelpreis absprechen. Ich empfinde das als die Heuchelei schlechthin! Kollege Tinkhauser hat es schon gesagt: Wer initiiert denn die Kriege? Wer ist schuld daran, dass wir diese Leute aufnehmen müssen? Was macht man jetzt? Es geht ums Geld und die Flüchtlinge als Waffe. Man braucht kein großer Denker zu sein, um zu verstehen, was man jetzt mit der Türkei macht. Was passiert dort? Der Türkei gibt man Geld, damit sie die Leute unten hält und nicht in die europäische Gemeinschaft herein lässt. Am nächsten Tag sagt man, dass wir die Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt wieder aufnehmen werden. Dann haben wir beide, die Türkei und die Flüchtlinge. Bravo! Diese Politik ist nicht schlecht, muss ich sagen. Wer sie nicht durchschaut, dem muss ich einfach Dummheit vorwerfen. Wenn man diesen Antrag, den hier Kollegin Stocker mit Kollegen Steger eingebracht hat, liest, muss man sagen: "Klopft bei euren Freunden in Österreich und in Deutschland an und sagt ihnen, dass sie das machen sollen!" Eure befreundeten Parteien machen nämlich das Gegenteil! Auch das nenne ich nicht ganz ernsthaft, muss ich ehrlich sagen. Man kann die Forderungen selbstverständlich unterschreiben. Das ist heute schon gängige Praxis. Man macht es nur nicht. Jene, die sich an Bestimmungen, Verträge usw. halten, werden an den Pranger gestellt. Wir haben die Genfer Flüchtlingskonvention, die ganz klar festschreibt, was wir als internationale Staatengemeinschaft, als Völker und auch als kleines Südtirol zu tun haben. Das sollten wir machen. Aber das tun wir nicht! Deshalb beantrage ich die namentliche Abstimmung, weil die Südtiroler wissen sollen, wie die einzelnen Abgeordneten dazu stehen. Ich bedanke mich auch bei der BürgerUnion und bei der Süd-Tiroler Freiheit, dass sie es möglich gemacht haben, dass diese Diskussion hier stattfindet. Ich bedanke mich auch für alle Diskussionsbeiträge. Dieses Thema wird uns sicherlich noch begleiten.

PRÄSIDENT: Wie vom Abgeordneten Knoll beantragt, wird der Begehrensantrag einer Abstimmung nach getrennten Teilen unterzogen, und wie vom Abgeordnetem Leitner und drei weiteren Abgeordneten beantragt, wird die Abstimmung namentlich vorgenommen.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 10 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen. 33 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Knoll, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser und Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Widmann und Wurzer.

Ich eröffne die Abstimmung zu Punkt 1 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 10 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen. 33 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Knoll, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser und Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Widmann und Wurzer.

Ich eröffne die Abstimmung zu Punkt 2 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 7 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen. 33 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S. und Tinkhauser.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Widmann und Wurzer.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Atz Tammerle, Knoll und Zimmerhofer.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Danke die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.02 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (13)
ATZ TAMMERLE (15)
BIZZO (17)
BLAAS (8)
DELLO SBARBA (10)
FOPPA (11, 20)
HEISS (13, 21)
KNOLL (8, 14, 22)
KÖLLENSPERGER (12)
KOMPATSCHER (22)
LEITNER (3, 7, 8, 22, 23)
MAIR (15)
MUSSNER (9)
NOGGLER (16)
OBERHOFER (20)
PÖDER (11, 20)
SCHIEFER (17)
STEGER (8, 19)
STIRNER (18)
STOCKER M. (6, 21)
STOCKER S. (21)
TINKHAUSER (18)
URZÌ (7, 9)
ZIMMERHOFER (16)